

Zeitschrift: Das Konzept : die Monatszeitung
Herausgeber: Verband der Schweizerischen Studentenschaften VSS
Band: 3 (1974)
Heft: 4

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

konzept

Auflage 37 000 Preis Fr. 1.20

Redaktion: Pierre Freimüller, Ruedi Küng,
Rolf Nef, Beat Schweingruber

Redaktions- und Verlagsadresse: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Telefon 0 (01) 47 75 30

Abonnement: Jahresabonnement
Inland Fr. 12.—, Ausland Fr. 14.—
Bestellungen beim Verlag

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatalquai 94, 8023 Zürich, Tel. 0 (01) 47 34 00

Demokratisierung in Kuba

Politisch-institutionelle Demokratie im Sozialismus Seite 3

Ständerat Honeggers mächtige Auftraggeber

Beat Kappeler kommentiert einen Brief der Georg Fischer AG an Honegger zur Spaltung des Konsumentenindex Seite 5

Die Rechte der Gefangenen

Aktion Strafvollzug berichtet aus der Praxis des Gefangenrechts Seite 7

Die Diktatur in Griechenland

Die Widerstandskämpfe in Griechenland seit dem 2. Weltkrieg Seite 9

Kurzstudium, «open university», «éducation permanente»

Alternativen zum Numerus clausus Seite 11

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt für «Brockhaus' Familienlexikon» bei.

Konrad Farner: Lob des Abendlandes

Konrad Farner: Philosoph, Historiker und Kunsthistoriker, Theologe, Freund von Brecht und Lukacs, isolierter Marxist in einer kapitalistischen Schweiz; schwach und stark zugleich durch sein Menschsein und sein Sozialistsein; Kommunist der grossen Hoffnung, Freund der Menschheit als Gemeinde für den Menschen. Konrad Farner hat uns verlassen.

Es ist hier nicht der Ort, sein ganzes Werk zu würdigen. — Ein Werk, das übrigens mehr aus dem Ungeschriebenen als aus den wenigen veröffentlichten Büchern besteht. Ich möchte hier nur von einem Buch sprechen, weil ich weiss, dass er es mit Liebe geschrieben hat; und auch, weil wir viele schöne gemeinsame Gespräche darüber geführt haben: sein Buch «Theologie des Kommunismus».

Es sollte ein kleines Stück der von den Marxisten von gestern und morgen neu geschriebenen, neu zu schreibenden Geschichte sein. Eine Geschichte der Menschheit, die den «einfachen» Menschen rehabilitiert: weil sie sein Streben nach Gerechtigkeit endlich genügend würdigt, weil sie die tiefen, fast ununterbrochenen kommunistischen Strömungen darin wieder zur Geltung bringt — insbesondere im Abendland. Ein Abendland, wo die Nächstenliebe ihre soziale Verwirklichung immer wieder gesucht hat (nach der christlichen Urmehrung), ein Abendland, wo die Nächstenliebe nach einem langen Säkularisierungsprozess, erst mit Marx wissenschaftliche, konkrete soziale Praxis wurde.

Farners Versuch gehört tatsächlich zu den wenigen Büchern, die dem linken Menschen Gelegenheit geben, ein Lob für das Abendland auszusprechen, ein Lob für diesen zerrissenen und geteilten, kriegerischen und nach Frieden suchenden, ausbeutenden und Gott verbreitenden Okzident zu schreiben... in aller Demut.

Dekadenz des Abendlandes?

Die westliche Welt stirbt langsam — stimmt wider, der Römische Reich. Vielleicht wäre es besser gewesen, wäre der Westen gestorben, ehe er die Konzentrationslager erfinden hat. Das Abendland wäre mit seinem «kletzten Werk», der Kolonialisierung, gestorben, mit der Illusion, gewissen Kontinenten eine gewisse Kultur gebracht zu haben... Wäre der Tod dieses Reiches unwidrig gewesen als der Tod irgendeines anderen Reiches? Eines ist sicher: Europa wäre — fast — mit dem besten Gewissen gestorben, seine Hässlichkeiten und Unzulänglichkeiten versteckend unter dem falschen Marmor, dem falschen Holz und den falschen Ausreden der viktorianischen Zeit.

Aber gibt es so etwas wie die Unwürdigkeit einer Zivilisation? Hat man es nicht eher mit der ganzen Vorgeschiede der Menschheit zu tun? Ist diese Vorgeschiede nicht daran, den Weg in Richtung des menschlichen Kollektivs im Dienste des Menschen, in Richtung der vom langsam entstehenden neuen Menschen bewusst gelenkten, Geschichte, einzuschlagen? Wenn wir nicht vorher alle radioaktiv sterben?

Ach, es ist oft schwierig, das zu verteidigen, was man liebt! Darf man Giotto und Pisano, Dante und Rabelais, Bach und Mozart zitieren, ohne auch Hernando Cortés und Pizarro, Monsieur Thiers und Hitler, die Sklavenhändler und Falschirmjäger aller Schattierungen zu erwähnen? Kann man den schwülstigen Redeschwall Spenglers ertragen, wenn es Watts und My Lai gibt? Loben wir die Zukunft: ich las vor einigen Jahren in einer Broschüre des Pekinger Verlags für fremde Sprachen ein wunderschönes und differenziertes Lob unserer Renaissance des 15. und 16. Jahrhunderts — anschliessend an eine Kritik des Revisionismus in der Geschichtsschreibung. Ein schöneres und erhabeneres Lob als mache plumpe Dithy-

rambe unserer plumpen konservativen Kunstkritiker. Welche Lektion für einen Malraux! Dieser Chinese kannte unsere Renaissance besser als mancher unter uns. Also doch! Sprechen wir von alledem, was das Abendland der Welt hinterlassen wird. Ja, sprechen wir davon!

Eine tiefe kommunistische Hoffnung

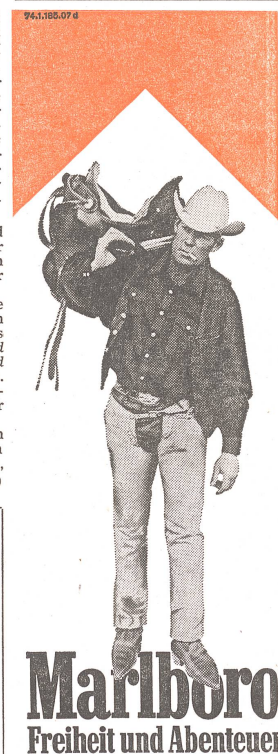
Man kann dankbar sein, wenn man Historiker hat, die fähig sind, unsere Geschichte in ihrem weiten planetarischen Zusammenhang zu sehen; die fähig sind, diese gewaltige Dialektik der Aggressivität und der humanistischen Ideale, der Ausbeutung und des Kampfes für Gerechtigkeit, der Reaktion und der Revolution in ihrer ganzen Tragweite aufzuzeigen. Man kann dankbar sein, wenn ein Historiker die grossen, egalitaristischen Strömungen der Geschichte zu zeigen in der Lage ist. Vorläufer der grossen Hoffnung; Vorläufer der Hoffnung auf eine Menschheit, die sich dem Sein widmen soll — statt dem Haben: Abigeter, Waldenser, Wiedertäufer, Hussiten, Egaux, Kommunarden, Kommunisten. Vorläufer, welche die Obsession des Habens brechen wollten: durch Gerechtigkeit. Vorläufer — von den Fürsten massakriert; später von Monsieur Thiers, von Hitler. Manipuliert, geköpft, verbrannt, manchmal wieder aufgenommen wie der Poverello von Assisi. Ja, der Okzident hat die Lex Aeternam erfinden, die göttliche Diktatur, die den Menschen in die Knie zwingt. Aber auch den dialektischen Materialismus, der die Massen wieder emanzipieren will. Die Judas und die Thiers sind nicht nur eine Eigenheit unserer Zivilisation, Nguyen Trai wurde von seinem König ermordet, nachdem er ihn wieder auf den Thron geführt. Nein, das ist keine Rechtfertigung! Ich erwähne es nur, damit wir, die europäische Linke, die Lektionen der Vergangenheit lernen und, wie Farner, ein Beispiel von geistiger Integrität hinterlassen — trotz der Sklaverei, trotz dem Faschismus, trotz den Lagern, trotz der Folter!

Wie widersprüchlich und seltsam, wie komplex unsere Geschichte ist... der schönste und edelste Marmor, den die Adria umspült, ist der Marmor einer Stadt von Händlern: Venedig.

Jean-Pierre Voiret

Nachsatz der Redaktion:

Noch vor wenigen Wochen hat sich Konrad Farner ganz spontan bereit erklärt, die «25 Thesen zum Fall Solschenizyn» für unsere Märznummer zu schreiben, nachdem er über ein Jahr lang nichts mehr angenommen hatte. Es schien, als hätte ihm das Thema unter den Nägeln gebrannt. Nun sind die 25 Thesen zu seiner letzten Veröffentlichung geworden — die «Weltwoche» hat sie als sein Vermächtnis bezeichnet, als Zusammenfassung seiner politischen Überzeugung. Jedenfalls sind sie es wert, verbreitet zu werden. — Radio Studio Bern bereitet eine Sendung über Konrad Farner vor, in der die Thesen einen zentralen Platz einnehmen werden (Sonntag, 5. und 26. Mai, jeweils um 13.30 Uhr im 2. Programm). Sie können auch bei der Redaktion «konzept» bezogen werden.



Lesetexte — Versuch eines emanzipatorischen Literaturunterrichts

Scheinheile Welt — ade!

Weil auch in den modernsten Schullesebüchern noch immer der Landmann beim Säen über das Feld schreitet, zufrieden mit sich, Gott und der Welt, weil auch sonst in diesen offiziellen Unterrichtsmitteln etwas zuviel in Ordnung ist, hat sich eine Gruppe junger Lehrer, Studenten, Psychologen, Eltern und Grafiker zusammengetan, um Alternativen zu schaffen. Als «Arbeitsgruppe Lesetexte Bern und Basel» haben sie 1972 eine erste Mappe mit Texten und Bildern auf losen Blättern für

alle Schulstufen herausgegeben, welche ein zum Teil sehr heftiges Echo ausgelöst hat. Heute liegt nun die zweite Folge vor. Wir veröffentlichten nachstehend ein erläuterndes Beiwerk der Arbeitsgruppe, in dem gesagt wird, was hinter den einzelnen Text- und Grafikblättern steht. Einleitend werden Grundkonzeption und Zielsetzung vorgestellt, während es im zweiten Teil um die inhaltlichen Schwerpunkte geht. Gleichzeitig möchten wir einige Textproben beifügen.

Redaktion

Es geht uns nicht nur darum, unsere Arbeit und die dahinterstehenden Vorstellungen und Erfahrungen im Literaturunterricht zu rechtfertigen, sondern vor allem darum, mit all denjenigen weiterzudenken, denen Fragen, Probleme und Schwierigkeiten bei der Unterrichtsarbeit mit Lesetexten bewusst werden.

Erziehung — immer gewertet und politisch

Wenn in bestehenden Lesebüchern sehr viel steht über geordnete familiäre, soziale oder ökonomische Verhältnisse, sehr wenig aber beispielsweise über Probleme von ledigen Müttern, über Sexualität und Zärtlichkeit von Kindern und Jugendlichen, über die Arbeitswelt in einem Grossbetrieb oder auf einer Kaffeeplantage irgendwo in Südamerika, so ist das nicht zufällig.

Hinter einer Lesebuchwelt, in der sich Menschen mit der ihnen zugeschriebenen Rolle stillschweigend abfinden, steht bewusst oder unbewusst ein ganz bestimmtes Menschen- und Gesellschaftsverständnis. Daher ist jede Erziehung — und so also auch Lesebücher — als Teil dieser Erziehung politisch, ob wir uns nun dessen bewusst sind oder nicht.

Aus der Erkenntnis, dass alles, was in einer Kultur geschieht, gedacht und gefühlt wird, gewertet ist, d.h. nur in Beziehung zur jeweiligen Gesellschaftsstruktur erklärt werden kann, verstehen wir eben auch Erziehung nicht als wertfrei, nicht als unpolitisch. Leider wird gerade in offiziellen Lesebüchern kaum offen gesagt, nach welchen Kriterien bei der Zusammenstellung von Texten gewertet worden ist. Während indessen bei einigen das dahinterstehende

hende Menschen- und Gesellschaftsverständnis offensichtlich ist (z.B. die Welt der «mutigen Ritter und weinerlichen Prinzessinnen»), sind bei andern genauere Inhaltsanalysen notwendig.

Mit unseren Lesetexten als Beitrag zur Mündigkeit und Bewusstseinsbildung von Schülern, Lehrern, Eltern usw. haben wir auch gewertet, d.h. Partei ergriffen (weil wir nicht neutral sein können). Wir stellen uns auf die Seite der ökonomisch, politisch und sozial Unterdrückten und auf die Seite derjenigen, die wir an den Rand unserer «sauberen Gesellschaft» gedrängt haben (Alte, Behinderte usw.).

Darüber hinaus sollen *Moral* und *Tabus* dieser Gesellschaft hinterfragt werden (Aufklärung), damit Schüler ihre Bedürfnisse erkennen und formulieren lernen. Aufklärung heisst aber nicht einfach zeigen, wie böse und schrecklich diese Welt ist, sondern Aufklärung ist gerade für junge Menschen Voraussetzung für Veränderung, schliesst damit also die Utopie einer besseren Wirklichkeit mit ein.

Wie erleben Kinder ihre Umwelt?

Mit dem Argument, der heranwachsenden Generation das «Schöne und Bleibende» zu vermitteln, wird immer wieder die sogenannte «klassische Literatur» zum Hauptinhalt des Literaturunterrichts gemacht.

Dichtung wird hier verstanden als etwas Allgemeingültiges (oder Wertfreies), losgelöst von früheren gesellschaftlichen Bedingungen und vom Wertsystem der jeweils herrschenden Bevölkerungsschicht.

Wir aber meinen, dass zuerst nach der gegenwärtigen und künftigen Realitätserfahrung unserer Kinder zu

fragen wäre. Wie erleben sie den Alltag in der Schule, zuhause oder in der Freizeit? — Unsere Lesemappen sind also nicht zusammengestellt nach dem Prinzip des «Schönen und Bleibenden» oder «Allgemeingültigen und Wertfreien», sondern nach thematischen und inhaltsbezogenen Einheiten. Lesetexte sind Versuche benennbarer Autoren, dem Leser Mitteilung über ihre Sicht der Wirklichkeit zu machen. Dabei ist «Brecht keine Alternative zu Jerry Cotton», d.h. der Lesunterricht müsste sich auch an der tatsächlichen Lebenswirklichkeit von Schülern orientieren (Comics, Zeitschriften usw.).

Auf diesem Hintergrund haben wir die zweite Mappe, die als Doppelmappe erscheint, nach folgenden Schwerpunkten zusammengestellt:

● Themen:

Arbeitswelt / Familie, Schule, Wohnung / Vorurteile / Zärtlichkeit / Alter / Lyrik.

● Autoren:

Auswahl unveröffentlichter oder unbekannter Texte von jüngeren Schweizer Autoren

● Schulfächer:

Vermehrt Texte für Mittel- und Unterstufe.

Wir sind nicht der Auffassung, dass diese Themen nun vollumfänglich dargestellt wären. In einer «Selbsthilfekarte» (vgl. Artikel über «Arbeitsgruppe Lesetexte Bern-Basel» in «nz am wochenende» v. 24. 11. 73) ist dies vom zeitlichen Aufwand her schon gar nicht denkbar (wir alle arbeiten in unserer Freizeit). Immerhin ist mit Themen wie «Arbeitswelt» oder «Vorurteile» in der Gestaltung einer kleinen Unterrichtseinheit versucht worden, verschiedene Aspekte desselben Gegenstandes zu beleuchten.

Gemeint sind diese Texte nicht nur als Diskussionsgegenstand für den Sprachunterricht, sondern auch als Materialien zur politischen Bildung in Fächern wie Geschichte, Geographie, Religion usw.

Exemplarisch seien nun in einem zweiten Teil einige Themenbereiche herausgegriffen.

● Familie, Schule, Wohnen

(Beiträge wie «Hausordnung», «Der Lehrer teilt die Probenhefte aus», «Krach».)

Wie eingangs schon erwähnt, ist einer der Schwerpunkte dieser Mappe die direkte Umwelt des Kindes, sein Lebensraum, also Schule, Familie, Wohnen.

Sprache wird nur dann zum beherrschten Instrument des Schülers, wenn er lernt, durch Sprache sein Verhältnis zur Umwelt zu formulieren, ja zu problematisieren. Denken wird erst durch Sprache zu einem sozialen Prozess, durch den sich das Kind mit seiner Umwelt auseinandersetzt.

Sprachunterricht muss also dort beginnen, wo Kinder denken bzw. erleben und träumen — und sie denken zu nächst dort, wo sie leben. Wie stark

«konzept» im März verpasst?

Zum erstenmal erschien «konzept» auch in den Semesterferien. Darum haben wir die März-Nummer mit besonderer Sorgfalt gemacht.

Aus dem Inhalt:

Die grünen Konsumenten

Eine Analyse über die Auswirkungen der profitträchtigen und problemgeladenen Einkaufszentren auf der grünen Wiese. 1. Teil: Verkehrslawine, Lädensterben, Benachteiligung sozialer Gruppen.

Talon ausfüllen und einsenden an «konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich.

Ich bestelle... Ex. der März-Nummer von «konzept» und lege pro Ex. Fr. 1.20 in Briefmarken bei.

Name _____ Vorname _____
Strasse _____
PLZ, Ort _____

pen. Mit Datenmaterial über 65 gebaute bzw. geplante Shopping-Centers.

25 Thesen von Konrad Farner zum Fall Solschenizyn

Das Gegenstück vom überzeugten Marxisten, der beinahe aus der Heimat Schweiz ausgebürgert worden wäre.

Geölte Gewinne für die Trusts

Die sogenannte «Oelkrise» trägt dazu bei, dass die ärmsten Länder noch ärmer werden.

Das heimliche Imperium der Gnomen

Die Schweiz wird zunehmend zum wirtschaftlichen Wasserkopf der Welt.

Agitation vom EMD

Roger Anderegk glossiert das neue «offensive».

GKEW: Breite Basis!

Der Unterschied zwischen «linker» Partei und «linker» Gewerkschaft.

Und viele andere Beiträge

wenn Lehrer und vor allem Schüler selbst uns ihre Erfahrungen mit diesen Texten mitteilen. Die meisten dieser Texte wurden von uns schon im Unterricht verwendet, wir sind jedoch – um unsere Arbeit weiterzuentwickeln – auf Reaktionen angewiesen. Gerade für Beiträge von Schülern über ihre Umwelt wären wir dankbar.

Lesetexte 2/3 kleine Leute und GROSSE LEUTE
Paul Michael Meyer: Die Murretiere (Blatt 12)

Die Murretiere

Die Murretiere leben unter der Erde. Sie haben ein dickes Fell. Im Winter schlafen sie. Im Frühling erwachen sie, und im Sommer heuen sie. Murretiere sind menschenschau, und nur sehr selten gelingt es einem, mit ihnen zu reden.

Im *tal (der Name muss geheim bleiben) traf ich die Murretiere beim Heuen an. Etwa sechs Tiere rannten geschäftig hin und her, sammelten dürre Grashalme und trugen sie in grossen Büscheln in ihre Höhlen. Ein Tier sass aufrecht auf einem Steinhaufler und hielt Wache. Näherste am Boden oder aus der Luft ein Feind (oder was es für einen solchen hielt), stiess es einen grellen Pfiff aus, die Heuer liessen ihre Grashalme fallen und rannten in die sicheren Höhlen.

Das steht ähnlich in allen Büchern über die Murretiere und wäre allein meinen Bericht nicht wert.

An diesem Tag aber entdeckte ich eine Gruppe von Murretieren etwas abseits der Heuer im Schatten eines Felsbrockens. Obwohl sie weder heuten noch Wache standen, schwitzten sie. Schwitzen ist selbst bei den streng arbeitenden Tieren selten geworden und gibt eher Anlass zu Besorgnis als zu Freude über ihren Arbeitseifer. Ich fragte daher einen der Schwitzenden, der ein wenig abseits stand, nach dem Grund ihrer Schweissausbrüche.

«Wir tragen die Verantwortung», sagte er schwer, «tagaus, tagein.»

«Und wann sammelt ihr den Vorrat für den Winter?»

«Dazu haben wir keine Zeit. Für unsere Vorräte sorgen die andern. Dafür tragen wir die Verantwortung für alle, wie Sie sehen.» Er wischte den Schweiss vom Schnauz. Und weil er schon mal redete, sagte er: «Ohne uns wäre das Leben gar nicht denkbar.»

«Was verstehen Sie denn unter Verantwortung?», wollte ich noch wissen, aber da pfiff der Wächter, warnte vor einem Feind (oder was er für einen solchen hielt), und die Schwitzenden verschwanden in einer besonders schön getarnten Höhle.

Anmerkungen (für den Lehrer)

«Kopfarbeiter» sind gerne bereit, das ausschüttende Handwerk als minderwertig einzustufen (die Lohnpraxis scheint ihnen darin meist auch recht zu geben). Umgekehrt machen sich Arbeiter gerne lustig über jede Art von «Bürohumor» (Sekretärin, Lehrer, Politiker). Dieses Pauschalurteil ist vor allem darum schlimm, weil es verhindert, in das tatsächliche Dienstleistungsgeschehen kritisch einzudringen: sinnvolle Dienstleistung zu würdigen, Selbstzweckbüros zu entlarven.

Die immense Bürokratie, die heute das Leben bedrückt, ist vorwiegend daraus entstanden, dass wir seit Beginn der Industrialisierung vorschuell Verantwortung delegieren. So hat sich die Gesellschaft grob vereinfacht in zwei Lager geteilt, in eine Führungsschicht, eine Schicht von Verantwortlichen, die oft wenig oder nichts verstehen von dem, wofür sie angeblich die Verantwortung tragen, und ein riesiges Lager von Produzierenden, die sich für ihr Tun nicht mehr verantwortlich fühlen. Einziges Bindelink ist das Geld, der – wenn auch sehr ungleiche – Profit des einzelnen. Dadurch ist die ganze Gesellschaft dauernd von einer Krise bedroht. Viele Unternehmer versuchen daher mit formaldemokratischen Mitteln und sehr klug eingerichteter Mitbestimmung an Profit den Arbeiter besser an seine Arbeit und vor allem seinen Arbeitsplatz zu binden.

Die vorliegende Geschichte (Die Murretiere) will zeigen, wie der Begriff der Verantwortung missbraucht werden kann. Sie eignet sich vor allem als Ergänzung zu einem Gespräch über Verantwortung.

Vielleicht spricht die Klasse (nach einem unangenehmen Zwischenfall in der Schule) über Verantwortliche. Trägt der Lehrer die Verantwortung für alle? Trägt jeder Schüler Verantwortung (Mitverantwortung)? Warum geben die Schüler die Verantwortung gerne dem Lehrer oder dem augenblicklich in Schuld Gefallenen? Ist die Auforderung zur Mitverantwortung nicht nur ein Trick des Lehrers, die Schüler gefügig zu machen?

Vielleicht spricht die Klasse nach einer gemeinsamen Zeitungslektüre über einen Streik wegen willkürlichem Ausschluss von Mitarbeitern und die Forderung der Streikenden nach Mitbestimmung (und Mitverantwortung).

Schule

(Z. B. E. Eggmann, «Der Lehrer teilt die Probenhefte aus».)

Ein Einzelblatt in dieser Mappe und doch ein wichtiges Anliegen: Die Noten in Frage stellen. Mit diesem Text wird der Schüler (und der Lehrer) mit den eigenen Erfahrungen konfrontiert.

Unsere Schulen, vor allem die Staatsschulen, werden – von einigen Ausnahmen abgesehen – immer mehr auf das Messbare reduziert. Dass jede gute Note von der schlechten Note abhängig ist, dass die Leistungsschule die Leistungen immer auf Kosten der Schwächeren misst, sollte vor allem dem Schüler bewusst werden. Dass dieses Notensystem die Spiegelung einer rücksichtslosen Leistungsgesellschaft ist; diesen Zusammenhang zu erkennen ist ebenso wichtig.

Dieser Text ist eine Illustration der Schule. Damit lässt sich eindringen in die Fragwürdigkeit der Notengebung unter der Schüler, Lehrer und Eltern zu leiden haben. Den Text mit Schülern zu lesen, einfach damit man die Fragwürdigkeit «behandelt» hat, genügt nicht. Von diesem Text her sollte eine Entwicklung anfangen oder, wenn sie angefangen hat, weitergeführt werden; und zwar eine Entwicklung, die nicht nur intellektuell, d. h. von der Wissenschaft her, erfasst wird. Diese müsste direkt vom Betroffenen ausgehen: vom Schüler. Ihm müssten wir zeigen und zu erkennen geben, wie fragwürdig, wie falsch, wie brutal solche Bewertung von Leistungen sein kann (Noten, Prüfungen, Versetzungen, Beförderungen).

Der Schüler soll den Zusammenhang von Schule und Gesellschaft erkennen lernen, er soll voraussehen lernen, was im Verlauf der weiteren Bildung oder am Arbeitsplatz auf ihn zukommt.

Für uns Lehrer stellt sich die Frage, ob wir dieses fragliche Leistungssystem zementieren helfen wollen (müssen) oder ob wir mit «Untergrabsarbeiten» anfangen sollen (dass wir es nicht allein tun können, sollte jedoch in das Vorgehen miteingeplant werden).

Arbeitswelt

(«Kleine Leute – Grosse Leute».)

Schule hat nicht nur die Aufgabe, die aktuelle Welt der Schüler verarbeiten zu helfen, sie muss auch auf die Zukunft vorbereiten, welche diese Schüler einmal erwartet, und sie muss die Welt verständlich machen, in der die Erwachsenen (z. B. Eltern) leben.

Unter dem Arbeitstitel «Kleine Leute – Grosse Leute» haben wir versucht, Texte zusammenzustellen, die den Kindern und Jugendlichen die Thematik der Arbeitswelt nahebringen sollen, und zwar auf jenem sozialen Hintergrund, der unsere Gesellschaft charakterisiert. Wir haben dazu sowohl authentische Berichte wie auch Fabeln und utopische Geschichten ausgewählt, die je nach Unterrichtsgestaltung im Sprach-, Geschichts-, Geographie- oder Religionsunterricht eingebaut werden können.

Man kann uns gerade aufgrund dieser Texte den Vorwurf der Parteilichkeit machen. Wir meinen, Schule müsse auf die Wirklichkeit vorbereiten – und die Wirklichkeit wird auch für unsere Schüler parteiisch sein (siehe Anhang).

Es scheint uns aber wichtig, die Kinder nicht nur auf eine ungerechte Realität vorzubereiten, sondern sie sollen sich ebenso mit den Möglichkeiten auseinandersetzen, wie man diese Realität verändern kann, könnte, müsste.

Denn von der Veränderungsperspektive und -fähigkeit unserer Kinder wird die Zukunft der menschlichen Gemeinschaft abhängen.

Vorurteile

(«Der Gute – der Böse».)

In den bei Kindern so beliebten Comic-Geschichten wimmelt es meist von stereotypen Klischeefiguren. Es

Lesetexte 2/3 1974 (Blatt 1 + 2)
Mario Grasso: «Der Gute», der Böse»



«Den blauen Linien entlang ausschneiden. Die ausgeschnittenen Teile vom Guten (1) kannst du dem Bösen (2) ansetzen oder die Teile vom Bösen (2) dem Guten (1).»

geht hier darum, diese Klischees zu zerstören, zumindest sie bewusst zu machen.

Das Vorgehen lässt viele Möglichkeiten offen. Wichtig ist, dass nicht nur anhand der in den «Lesetexten» abgebildeten Comics gearbeitet wird, sondern dass die Schüler sich mit ihrem eigenen Comic-Stoff (auch andere Zeitschriften, Fernsehen) auseinandersetzen können. In Gruppen wird das wertvoll sein als allein. Die Schüler können den «Guten» und den «Bösen» suchen, die beiden einander gegenüberstellen.

Aber nicht nur in Comics kommen «Gute» und «Böse», «Liederliche» und «Vorbildliche» vor. Schüler und Lehrer erkennen vielleicht so, dass auch in verbindlichen Lehrmitteln wie Lesebü-

Aus den Lesetexten 1-72

Zwei Gedichte aus «Henusode» von Ernst Eggmann

Peter Bichels «Lesebuchgeschichte» vom Zeitungsverkäufer, der nie störte, und seinem ehemaligen Lehrer, der schuld daran war

Texte von Bertold Brecht und Wolfgang Borchert über Soldaten und Krieg

«Unser Rektor spinnt» von Helga Höfle
Drei grafische Blätter von Mario Grasso
Mani Matters «Nünnitram» und eine von Kurt Marits Leichenreden

Ein Bericht des «Schweizerischen Beobachters» über Arbeiterentlassungen
Und anderes mehr

chern, Geschichtsbüchern oder in den Massenmedien diese fraglichen Klassierungen und Wertungen vorkommen. Unterrichtslektionen über Rassismus, Apartheidpolitik, Fremdarbeiterfrage usw. könnten hier einen Anknüpfungspunkt finden.

Zärtlichkeit

(Beiträge wie «Es Chrieschind», «Das grosse Brod», «Kraach».)

Für die Kinder und Jugendlichen an unseren Schulen wohl das schmerzliche Tabu ist das Thema «Zärtlichkeit».

In der frühen Kindheit (im besten Fall lächelnd) übergegangen, in der Latenzzeit als inexistente abgetan und in der Pubertät als Aussatz behandelt, wird Zärtlichkeit oder gar Geschlechtlichkeit an unseren traditionellen Schulen nicht nur verdrängt, sondern meist nur in den Kategorien der Medizin und des Strafgesetzbuches behandelt: Sexualität gibt es nicht, sondern nur biologische Vorgänge, Geschlechtskrankheiten, Unzucht und einen Vertrag fürs Leben.

Dass es uns gelungen sei, in dieser zweiten Mappe das Tabu zu durchbre-

chen, können wir bei weitem nicht behaupten. Gerade auf diesem Gebiet sind Texte Mangelware, die einen natürlichen, bejahenden und lustbetonten Weg finden zwischen Pornographie für Erwachsene und Prüderie für Kinder.

Mit unseren Beiträgen haben wir trotzdem versucht, lustbetonte Körperlichkeit, Sensibilität, Zärtlichkeit und Freundschaft als Gegenstand der Erziehung und Bildung anzugeben. Wir eigentlichen Zärtlichkeitserziehung im Sinne einer erfüllten und enthemmten Sexualität ist damit noch kein wesentlicher Beitrag geleistet.

Lyrik

(Beiträge von Gerhard Meier)

Der Literaturunterricht hat unseres Erachtens die Aufgabe, nicht nur literarische Konventionen aufzuwärmen, sondern die Schüler vor allem auch mit zeitgenössischen Formen ihrer Muttersprache zu konfrontieren, in diesem Falle auch mit der zeitgenössischen Lyrik. Gerade in der modernen Lyrik thematisiert die Sprache sich selbst, bleibt nicht Beschreibende, wird zum

Lesetexte 2/3 1974 (Blatt 6)
Ernst Eggmann: Der Lehrer teilt die Probenhefte aus

Der Lehrer teilt die Probenhefte aus

In den Probenheften ist die Note der letzten Probe des Schülers. Die Note ist rot und unterstrichen. Der Schüler schaut verstohlen auf die Beige der Hefte, die immer kleiner wird. Nun sieht er seine gelbe Einfassung. Das Heft fliegt auf das Schülerrümpf, rutscht auf dem Deckel und fällt zu Boden. Der Schüler bückt sich, er kennt das Gesicht des Lehrers, wenn er ihm das Heft zuwirft. Er braucht es gar nicht zu öffnen, warum hat er nur vorhin eine kleine Hoffnung gefühlt? Wie wenn er diesmal das Heft öffnen könnte, und dann stünde eine Sechse, eine Sechse, sonst nichts, eine Sechse, oder Fünffissechse. Es gibt Schüler, die eine Sechse haben. Sie öffnen das Heft, heben es mit einem Triumphruf in die Höhe, fragen den Nachbarn, was er für eine Note habe. Dieser hat keine Sechse. Der Lehrer hat Freude an der Freude seiner guten Schüler. Das ist eine berechtigte Freude, eine verdiente Freude. Er lässt sie gerne ein wenig herumtollen und herumzeigen. So braucht er nicht zu sagen: Es hat auch Sechser gegeben, es wäre folglich möglich gewesen, mit ein wenig Fleiss, aber man muss sich die Sache halt anschauen.

Der Schüler hat sein glänzend gelbes Heft vor sich liegen. Er weiss, dass er nicht jauchzen kann. In der Schule gibt es keine Wunder, bei ihm schon gar nicht. Das hat er in der Sekundarschule nun schon fünfthundert Mal erlebt. Bei ihm hat alles keinen Sinn mehr. Mit dem Zeigefinger greift er in die Blätter des Probenheftes. Was hast du? fragt ihn der Nachbar, der im allgemeinen auch nicht genügt, sich aber daran freuen will, dass einer eine noch schlechtere Note gemacht hat. So schiebt er das Probenheft rasch unter sein Französischbuch. Der Nachbar grinst. Der Lehrer sagt: Die Probe war leicht, und die Sechsschüler nicken. Das sollte man nun wirklich können.

Der Schüler öffnet das Probenheft schnell, sieht eine Zweieinhalb, zuckt die Achseln: Er hat es ja gewusst. Man kann lernen und lernen und lernen, es nützt doch nichts, sagt der Schüler. Ich habe den ganzen freien Nachmittag gebüffelt. Zu Hause konnte ich es. Er sagt es so laut, dass seine Nachbarn es hören können und auch der Lehrer. Natürlich glaubt es ihm niemand. Es ist mir doch egal, sagt der Schüler, was ich für eine Note habe. Hast du auch einen Zweieinhalb? ruft er zu einem andern Schüler hinüber, der einen roten Kopf bekommen hat.

spielerischen Experimentierfeld subtiler Zusammenhänge.

Mit Wörthelern zwischen Traum und Faszination sinniert Gerhard Meier unter der Oberfläche unseres sprachlichen Bewusstseins, manchmal aggressiv, dann wieder versponnen und verleiert – und hinterher merken wir, dass es unsere Sprache ist, mit der er spielt, uns ihre Möglichkeiten zeigt und damit unsere Sensibilität schult.

Vorstadtbruder

Nicht solche Aengste, Vorstadtbruder, nimm doch vom Kirsch und schau zum Himmel hoch, hör doch den Bach, verschmutzt zwar und nach WC stinkend, sieh, unter diesen Wäldchen-Tannen liegt's sich ganz gut trotz Hundedreck und Autoluft und Betonwänden gegenüber, soll ein Gesicht aufweisen, ich, der letzte Bruder hat der im «Freddo» gross behauptet, ein Dichter sind Sie, lachte er mir zu, erinnern mich an Soutine oder was, wird ja schon recht das sehn, der schöne Herr,

so ein Professor, denk ich mir und eigentlich noch trauriger als sonst, ein Schluck, nun gut, solange die Sonne scheint, dann wieder rein in Städtchen, Brüder suchen!

Nicht solche Aengste, du, hab Gottertrauen, Bibellieder, die Blümlein, die Vögelchen, du weisst...

Werner Bucher

Als Selbstkritik wäre anzufügen, dass es uns bisher nicht gelungen ist, «Schülerbeiträge» zu integrieren. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass nur ganz vereinzelt Kontakte bestehen zwischen der kleinen Gruppe, die diese Texte zusammenstellt, und der grossen Gruppe, die mit diesen Texten irgendwie arbeitet. Dieser begleitende Brief zu den Lesetexten ist darum in erster Linie ein Versuch, das Gespräch mit Schülern, Lehrern und Eltern usw. aufzunehmen. Schickt uns eure eigenen Beiträge, Kritiken und Anregungen; berichtet von Erfahrungen mit den Lesetexten!

Arbeitsgruppe Lesetexte

Warum schreibst du die Verbesserungen nicht? fragt der Lehrer den Schüler, der das Heft wieder geschlossen hat. Gerade für Leute wie du machen wir Verbesserungen und besprechen alles noch einmal. Du musst Fehler auf dem Fehler durchgehen. Aus Fehlern lernt man. Der Schüler starrt auf die rote Seite. Andere sind schon fertig mit den Verbesserungen, sie haben jeden Fehler, den sie wieder gutgemacht haben, mit Lineal unterstrichen und dabei den Kopf geschüttelt: Dass sie das nicht gewusst haben! Der Schüler beginnt mit den Verbesserungen, die er hastig von der Tafel abschreibt.

Der Lehrer sagt: Wer ist noch nicht fertig mit den Verbesserungen? Und nun müssen alle auf den Schüler warten. Das ist immer so. Sie warten nicht ungern. Sie haben sogar ein wenig Mitleid mit ihm. Sie flüstern ihm zu, es sei nicht so wichtig. Das nächste Mal könne er das wieder aufholen. Vielleicht sind sie ihm sogar ein wenig dankbar, denn erst seine schlechte Note gibt ihnen besseren Noten den Wert.

konzept

Herausgegeben von der Redaktion des «zürcher studenten», in Zusammenarbeit mit dem Verband der Schweizerischen Studentenschaften.

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Technika, Lehrerseminaren, Musikonservatorien, Höheren Volkshochschulen und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk. Auflage 37 000.

Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Schweiz; Telefon 0 (01) 47 75 30, Postcheckkonto: 80-37626. Redaktion: Pierre Freimüller, Ruedi Küng, Rolf Nef, Beat Schweingruber.

Die im «konzept» erscheinenden Artikel geben jeweils die Meinung des Verfassers wieder.

Nachdruck nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

Für unverlangt zugesandte Unterlagen wird keine Verantwortung übernommen.

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Linmatquai 94, CH-8023 Zürich, Tel. 0 (01) 47 34 00, Telex 55 235.

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich; Telefon (01) 39 30 30.

Redaktionschluss: 30. April 1974
Inseratenschluss: 3. Mai 1974

Der Weg von der ökonomischen zur politisch-institutionellen Demokratisierung:

Kuba: Demokratisierungsprozess im Sozialismus

Der Versuch, Chile auf «legalem» Weg, d.h. unter Intakt-haltung der bürgerlich-demokratischen Institutionen in eine sozialistische Gesellschaft zu transformieren, ist gescheitert. Der «kubanische Weg», die gewaltsame Machtergreifung und die sofortige Neuordnung der Produktion unter der Kontrolle der «Revolutionäre», hat sich – verglichen mit Chile – als der erfolgversprechendere Weg erwiesen. Kritisierten die westlichen Demokratie-Ideologen, die in der Regel Demokratie mit dem Vorhandensein bürgerlich-demokratischer politischer Institutionen gleichsetzen, in Chile

den Versuch, die formale politische Demokratie in Richtung auf die Demokratisierung der Produktionsverhältnisse zu erweitern, so erregte in Kuba die Abschaffung der bürgerlich-demokratischen Institutionen Anstoss. Dass allerdings eine reale Demokratisierung der Gesellschaft die gesellschaftliche Kontrolle der Produktion voraussetzt, dass parallel zur Reorganisation und Entwicklung der Produktion auch die politisch-institutionelle Demokratisierung in einer sich sozialistisch begreifenden Gesellschaft an die Hand zu nehmen ist, davon handelt der folgende Artikel. Red.

Der 13. Arbeiterkongress im November letzten Jahres darf als wichtige Etappe im Demokratisierungsprozess der kubanischen Revolution betrachtet werden. Weitere Etappen wurden seitler in Aussicht gestellt: für nächstes Jahr wurde der erste Parteikongress der 1965 gegründeten KP Kubas angekündigt; in der Provinz Matanzas sollen die ersten Erfahrungen gesammelt werden mit allgemeinen, geheimen Wahlen zur Bestellung politischer Organe auf Gemeinde-, Provinz- und Regional-ebene im Hinblick auf die Konstituierung eines sozialistischen Parlaments. «Demokratisierung» wird in Kuba in engstem Zusammenhang mit einem integralen Lern- und Reifeprozess des politischen Bewusstseins vorangetrieben. Che Guevaras Wort hat unverändert Gültigkeit und ist in den 15 Jahren Revolution auf vielen Ebenen konkretisiert worden: «Die Gesellschaft muss sich in eine riesige Schule verwandeln.» Das wirksame Instrumentarium dieser Demokratisierung bilden folgerichtig die Massenorganisationen, deren Gründung im Jahr 1960 mit dem Beginn der sozialistischen Ausrichtung der kubanischen Revolution zusammenfällt. Frühzeitig hatte man die Notwendigkeit erkannt, den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen, entstanden durch die Transformation der Eigentumsverhältnisse, adäquate institutionelle Strukturen zu verleihen.

Massenorganisationen und Massenmethoden

Die ersten Veränderungen betrafen die ökonomischen und politischen Aufgaben der Gewerkschaften (eine eigentliche erste Umfunktionierung); die Milizen wurden in den Lebenslauf einbezogen. Im Herbst 1960 erfolgte die Gründung der CDR («Komitees zur Verteidigung der Revolution»), der Föderation der kubanischen Frauen (FMC) und der Jugendorganisation «Jóvenes Rebeldes» (AJR, Vereinigung der jungen Rebellen). Im Dezember wurden die «Schulen für revolutionäre Instruktion» eingerichtet; das Lehrprogramm dieser politischen Kadenschulen beruhte auf marxistisch-leninistischer Grundlage, noch bevor offiziell der sozialistische Charakter der Revolution erklärt worden war (Deklaration vom 16. April 1961).

1961 wurde zum «Jahr der Erziehung» erklärt, und Kuba erlebte die erste grosse Massenmobilisierung in der erfolgreich durchgeführten Alphabetisierungskampagne (270 000 Alphabetisatoren: Hausfrauen, Arbeiter, Angestellte, Schüler, Studenten und drei Viertel aller Lehrer gingen als Freiwillige aufs Land, in die Berge, in die Slums, um Lesen und Schreiben zu lehren). Von nahezu einer Million Analphabeten (24 Prozent) konnten am Ende des Jahres 707 212 lesen und schreiben. Mit einer Restzahl von 3,9 Prozent präsentierten sich Kuba als erstes von Analphabetentum befreites lateinamerikanisches Land vor der Unesco, deren Kommentar unter anderem lautete:

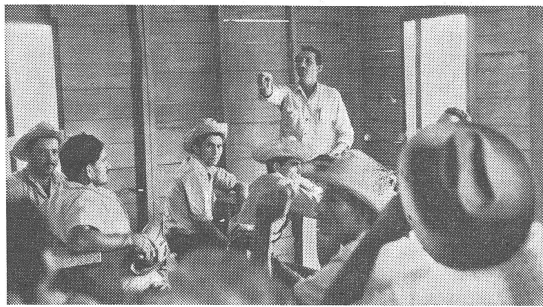
«Das Geheimnis des Erfolgs der Kampagne muss in einem sehr einfachen Umstand gesehen werden, einem Umstand, der sehr alt, allen technischen Medien jedoch fremd ist: menschliche Beziehung. Möglicherweise hätte der Landarbeiter in drei Jahren auch mit Hilfe von Radio, Fernsehen und anderen technischen und pädagogischen Verfahren lesen und schreiben gelernt. Aber er hätte kein politisches Bewusstsein erlangt. Dank der Arbeit der «Alphabetisatoren» und «Brigadistas» hat gelernt zu lesen und ist ein Revolutionär geworden.»

Die Kampagne war ein erster Schritt zur geforderten allseitigen Erziehung der Massen, der Erziehung zum neuen Menschen als einer Voraussetzung im Aufbau der sozialistischen Gesellschaft. Sie trug zudem zur psychologischen Überwindung der Klassen-schranken bei, nachdem die materiellen Ursachen der Hauptgegensätze Ausbeuter-Ausbeutete, Kapitalisten-Arbeiter, Weisse-Schwarze usw. auf ökonomischer Ebene abgeschafft waren.

Statt Universitäten: Universalisierung der Bildung

Die öffentlichen Ausgaben auf dem Erziehungssektor (pro Kopf der Bevölkerung) stiegen zwischen 1958 und 1962 um mehr als das Dreifache – von 11,4 auf 38,1 Prozent.

Der Prozess wurde nach dem Erziehungssektor konsequent, breitangelegt



Landarbeiter in La Yaya diskutieren Produktionsprobleme.

und stets mit Priorität vorangetrieben: Lehrerausbildung und Bau von Schulen, um allen Kindern die Grundausbildung zu garantieren; zwei Bildungswege: der «normale» und die Arbeiter- und Bauernausbildung, die über eine Vorbereitungsfakultät an die Universität führt; Verbindung von Studium und Arbeit in der Produktion. Dazu Fidel Castro 1972: «Derzeit ist man dabei, dieses Prinzip in der Universität von La Habana anzuwenden, mit dem Resultat, dass sich 12 000 Studenten in die Arbeitszentren eingegliedert haben, wo sie halbtags arbeiten. Aber gleichzeitig sind etwa 12 000 Arbeiter in die Arbeiterfakultät eingetreten, (...) indem sie ebenfalls die Arbeit mit dem Studium verbinden.» Inzwischen sind bereits 200 der neuen «Schulen auf dem Land» in Betrieb, wo die Schüler im Halbtagsrhythmus produktive Landwirtschaft betreiben. Die klassische Universität wird verschwinden, angestrebt ist eine vollständige «universalisierung» (Verallgemeinerung) der höheren Bildung, die Integration der Hörsäle in die Arbeitszentren (Produktions- und Dienstleistungsbetriebe); das wird die Aufhebung des Gegensatzes zwischen Intellektuellen und Arbeitern bedeuten, das Ende der Trennung zwischen dem natürlichen physischen Aufwachen des Menschen und der Kultivierung seines Geistes.

Demokratisierung zu welchem Zweck?

Wir neigen dazu, einer Betrachtung über sozialistische Demokratisierungsprozesse unseren eigenen Demokratiebegriff zugrunde zu legen. Um Missverständnisse vorzubeugen, muss man sich vor Augen halten, dass dieser Prozess, wie er hier am kubanischen Illustrationsbeispiel dargestellt werden soll, erst einsetzen konnte, nachdem zuvor sozusagen eine ökonomische «Demokratisierung» stattgefunden hatte, die die ganze Gesellschaft auf eine völlig veränderte Grundlage stellte: das Kapitalverhältnis ist aufgehoben und damit auch die Quelle der Privilegierung einer Minderheit, die nur auf Kosten einer produzierenden Mehrheit entstehen kann. Demokratisierungsprozesse sind Nivellierungsprozesse und haben in letzter Konsequenz jede Privilegierung auf. In dieser Funktion wird der Demokratisierungsprozess in Kuba verstanden und bewusst vorangetrieben.

Fidel Castro hat es völlig unmissverständlich ausgedrückt: es sei gefährlich, sagte er einmal, wenn Menschen so viel Autorität besäßen wie die kubanische Partei- und Regierungsspitze: «Revolutionäre gegessen gewöhnlich ein hohes Ansehen im Volk, sie verfügen über eine starke Autorität, (...) mit der sie viel Gutes, aber auch viel Schlechtes anrichten können.» Er hoffe deshalb, dass in Zukunft nur mehr sehr wenige oder überhaupt keine mehr solch grossen Einfluss geniessen wird wie die Initiatoren dieser Revolution. Nota bene sagte Castro dies nicht in einem vertraulichen Gespräch, sondern in einer seiner Ansprachen ans kubanische Volk, und er knüpfte natürlich die Aufforderung daran, dass jeder so viel zu lernen habe, dass er in die Lage komme, die Führung der kubanischen Revolution zu kontrollieren, was schliesslich gleichbedeutend mit deren Abschaffung sein wird: mit einer dialektischen Aufhebung.

Es wäre voluntaristisch, ja sogar demagogisch, so zu sprechen und nicht gleichzeitig die Institutionen bereitzustellen, die ein methodisches, massen-

haftes Lernen gewährleisten. Den Massenorganisationen fällt in diesem Prozess die entscheidende Funktion eines Transmissionsriemens zu.

Entscheidend ist die Beteiligung der Massen

Die «Comités» (CDR) sind ein voll ausgebildetes Instrument dieser Art; 70 bis 80 Prozent der über 14-jährigen Kubaner gehören dieser grössten Massenorganisation an, die erzieherische, kulturelle, ökonomische, soziale und organisatorische Aufgaben zu erfüllen hat und als deren wichtigste Funktion die «Vigilanz» («Wachsamkeit») genannt wird.

Am Anfang ging es wirklich zur Hauptsache um konkrete Bewachungsaufgaben; Betriebe, strategische Einrichtungen und Gebiete mussten nachts vor Sabotage und konterrevolutionären Angriffen bewacht werden. Aber im Verlauf der Revolution erweiterte sich diese Aufgabe und bekam eine Bedeutung im übertragenen Sinn: «Wachsamkeit zur Verteidigung der Revolution» als militantes geistiges Wachsein, um den Prozess in Gang zu halten, ihn nicht erstarren, verkümmern, «verbürokratisieren» zu lassen.

Es gibt heute kaum einen gesellschaftlichen Bereich, in dem die Kubaner nicht die Demokratisierung aktiv vorantreiben. Seit einigen Monaten wird Gesetz um Gesetz der neue Verfassungsentwurf diskutiert, der von einer Kommission unter Blas Roca seit 1969 vorbereitet wird. Nächstes Jahr soll die provisorische Verfassung, die zu Teilen noch auf der seinerzeit fortgeschrittenen Verfassung von 1940 beruht (ein Produkt der «Revolution der dreissiger Jahre»), als Arbeiter und Studenten erstmals gemeinsam in harten Kämpfen soziale und politische Fortschritte errangen, von einer neuen, sozialistischen Verfassung abgelöst werden, die ebenfalls Ausdruck der gegenwärtigen Institutionalisierungsphase ist, in der die wichtigsten Errungenschaften des 15-jährigen Prozesses konsolidiert werden.

Die neuen Gesetze werden nun im ganzen Volk systematisch diskutiert und wenn nötig modifiziert; die aktive Beteiligung aller ist dadurch gewährleistet, dass die Diskussion in den Basiskomitees der Massenorganisationen stattfindet, die ihre Mitglieder 15 Jahre lang politisch geschult haben. Es bedeutet nichts anderes, als dass das kubanische Volk tatsächlich heute

schon in der Lage ist, sich seine eigenen Gesetze zu geben.

Jeder nach seinen Fähigkeiten ...»

Die Demokratisierung in Planung und Administration war komplexer Gegenstand des 13. Gewerkschaftskongresses, der fundamentale Fragen zu klären versuchte: die Beziehungen zwischen der Arbeiterklasse und ihrem Staat, zwischen Individuum und Kollektiv, zwischen Produktion und Bewusstsein, zwischen sozialistischen und kommunistischen Prinzipien.

Neun Thesen waren zur Debatte gestellt und ebenso, wie jetzt die Verfassungstexte, Monate zuvor – genau: in 150 150 Basisversammlungen von durchschnittlich sieben Stunden Dauer – von 88 Prozent aller Arbeiter diskutiert, abgeändert und ergänzt worden. Die erste These gab das Motto zum Kongress: «Jeder nach seinen Fähigkeiten – jedem nach seiner Leistung.» Das hiess klarstellen, dass zwischen der jetzigen sozialistischen Phase und der angestrebten kommunistischen Gesellschaft noch sehr grundsätzliche Unterschiede bestehen: weder Produktion noch Bewusstsein sind heute schon so allgemein (universell) und fortgeschritten, um den berühmten Satz von Karl Marx, mit dem er die ferne Realisierung der kommunistischen Gesellschaft charakterisierte, bereits in die Tat umzusetzen. Dies jetzt zu versuchen, wärebarer Idealismus, wäre Opportunismus. «Es ist wohl möglich, dass uns das kommunistische Prinzip (jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen) besser gefällt», erläuterte Fidel Castro in seiner Rede zum Abschluss des Kongresses, «dass es uns schöner und menschlicher erscheint. Aber der Kommunismus kann in einer sozialistischen Gesellschaft nicht per Dekret eingeführt werden. Er ist vielmehr ein Ziel, das nur nach hartem Kampf erreicht werden kann; er ist unabdingbar Resultat eines Prozesses.»

Beiläufig erinnerte er daran, dass es vor ein paar Jahren in Kuba nicht einmal möglich gewesen sei, das Wort Kommunismus auszusprechen. Heute dagegen müsse man die Ungeduldigen ermahnen, zuerst die sozialistischen Prinzipien allgemein anzuwenden, weil der Kommunismus eben nur ein Endergebnis sein könne, «das Resultat eines revolutionären Prozesses».

Die fundamentalen Fragen, die der 13. Arbeiterkongress zu klären hatte, waren 1970 in einer Gewerkschaftsvollversammlung der Provinz Havanna akut geworden, in einer mehrstündigen offenen Aussprache der Arbeiter über Freiwilligenarbeit und Absentismus (am Arbeitsplatz). Fidel Castro hatte an dieser Debatte teilgenommen und sie abschliessend zusammengefasst (Rede vom 9. Sept. 1970). Aus Kritik und Beunruhigung der Arbeiter schliesst er auf die Notwendigkeit, «die Arbeiterbewegung zu demokratisieren», und zwar mit dem Nahziel, administrative Massnahmen (zur Lösung der verschiedenen Probleme) allmählich zu ersetzen durch die «Anwendung von Massenmethoden»; längerfristig geht es darum, die Lenkung «von oben» allmählich abzubauen und die Selbstbestimmung des Volkes zu entwickeln. «Der Sozialismus, der nicht von den Massen kommt, muss scheitern; denn er muss ja für die Massen funktionieren, folglich kann er die Probleme nur mit den Massen lösen. (...) Ohne die Massen verliert der Sozialismus die Schlacht. Er verbürokratisiert, er muss wieder zu kapitalistischen Methoden übergehen, muss ideologisch zurückweichen. Es gibt keine demokratischere Gesellschaft als die sozialistische – einfach deshalb, weil der Sozialismus ohne die Massen gar nicht obsiegen kann.»

Moralische und materielle Anreize

Die Zusammenhänge sind für uns, die wir in einer kapitalistischen Ideologie erzogen wurden sind, schwer zu begreifen. Was hat zum Beispiel Ideologie oder Bewusstsein mit einer so prosaischen Frage wie Abfallverwertung zu tun, oder mit dem Sparen von elektrischem Strom, mit der Erhöhung der Konsumgüterproduktion, mit Produktion überhaupt? Was hat die gewerk-

schaftliche Organisation (These Neum) mit der Demokratisierung der Gesellschaft zu tun? Für den Kubaner stehen diese Dinge in engstem Zusammenhang zueinander und in gegenseitigem Abhängigkeitsverhältnis. So wie die Volksbildung, also das gesamte Erziehungssystem, engstens verknüpft ist mit der Demokratisierung, die Demokratisierung mit der Produktion, die Produktion mit dem Aufbau des Sozialismus (ohne eine in jeder Hinsicht ausreichende materielle und geistige Produktion sowohl von Investitions- wie von Konsumgütern kann das marxistische Prinzip des «Jedem nach seinem Bedürfnis» nicht verwirklicht werden).

Der Unterschied im Bewusstsein liegt natürlich im Umstand, dass das Produkt der gesellschaftlich geleisteten Arbeit nicht mehr privat angeeignet wird. Das macht, dass die Arbeit des einzelnen etwas Freiwilliges wird – er arbeitet nicht mehr unter dem Zwang, sich am Leben zu erhalten (einschliesslich Familie und Altersvorsorge), denn dafür sorgt jetzt die Gesellschaft. Sondern er muss nun eine Einsicht gewinnen in der Notwendigkeit von gesellschaftlicher Produktion, zu der er gemäss seinen Fähigkeiten seinen Beitrag leistet – nicht zum Nützen eines Kapitalisten, sondern zwecks Verwertung durch die gesamte Gesellschaft sowie «Einsichtigkeit», die auch Bewusstsein genannt wird, soll sein Arbeitseinsatz zu deren Reproduktion; und aus dieser kommen – freiwillig!

Dieser «Übergang von einer virtuellen Sklavenproduktion in eine freie Produktionsweise» ist einer der schwierigsten geistigen Umstellungsprozesse, die das bürgerliche Bewusstsein zu leisten hat, und er ist deshalb auch nicht von heute auf morgen «universell» zu bewerkstelligen. Die Diskussion über moralische und materielle Anreize, die in Kuba seit 1961 geführt wird (damals zwischen Che Guevara und Charles Bettelheim), hat hierin ihren Ursprung.

Die Kubaner entschieden, dass moralische und materielle Anreize (nämlich zu einer frei von Zwängen geleisteten Arbeit) miteinander zu koppeln seien, und machten gute Erfahrungen damit. (Die bürgerliche Presse greift das Thema von Zeit zu Zeit wieder auf, meist mit der Nachricht, in Kuba müsse man jetzt wieder auf das System der materiellen Anreize zurückgreifen – um dann triumphierend darzulegen, dass das sozialistische System hat noch nicht funktioniert; in Wirklichkeit wurden die beiden Stimulierungsarten von Anfang an und weiterhin bewusst und flexibel miteinander verbunden, zu gegenseitiger Ergänzung – unter gleichzeitiger permanenter Entwicklung des gesellschaftlichen Bewusstseins.)

«Wenn der sozialistische Staat nicht demokratisch ist, muss er scheitern. Denn der sozialistische Staat, das ist die organisierte Gesellschaft, deren Aufgabe es ist, Lösungen für die Probleme der Massen zu finden, und zwar mittels der Triefbehrer 'Bewusstsein' und nicht weil es wie im Kapitalismus um Leben und Tod geht. – Wenn wir diese kapitalistischen Antriebe anwenden würden, um mit unseren Schwierigkeiten (zum Beispiel mangelnder Produktivität, d. V.) fertig zu werden, wie könnten wir in den kommunistischen Menschen hervorbringen, den Menschen mit Empfindung, Kultur und höherem Bewusstsein? Ueberhaupt nicht!» Fidel stand unter dem Eindruck der grossen Arbeiterdebatte in Havanna, 1970, als er dann zu einem enthusiastischen Sprung ansetzte, der sich später in den Thesen des 13. Arbeiterkongresses niederschlugen hat: «Wenn es nun also innerhalb der Gesellschaft keine Widersprüche mehr gibt; keine Parteien, die Grossgrundbesitzer repräsentieren oder Eigentümer, Bourgeoisie und Bankiers; wenn es nur noch eine Partei gibt, eine Ideologie, eine Gesellschaft – in der Masse, wie also alle Rückstände allmählich eliminiert werden: warum also eigentlich nicht die allerhöchste und direkteste Beteiligung dieser Gesellschaft an ihrem eigenen Existenzkampf fordern, wo es doch das Schönste überhaupt an einer sozialistischen Gesellschaft ist?»

Am 1. Mai 1972 konnte der fundamentale Reorganisationsprozess innerhalb des Gewerkschaftsbundes (CTC) abgeschlossen werden. Bis dahin wurden in den Betrieben insgesamt 37 046 gewerkschaftliche «Basiskomitees» gebildet und deren leitende Funktionäre auf Arbeiterversammlungen, die auch die Kandidaten nominierten, in freier und geheimer Wahl gewählt. Die letzte These des 13. Kongresses regelt die Beziehung zwischen Gewerkschaften und Staatsapparat: die Gewerkschaften müssen «die Gegenseite der Verwaltung» darstellen. Irrtümer der wirtschaftlichen Führung anzeigen, Pläne zu verbessern suchen und die Arbeiter gegenüber der Verwaltung vertreten. «Wenn die Gewerkschaft sich darauf beschränken würde, lediglich die Befehle der Verwaltung auszuführen, in der Annahme, die Verwaltung habe immer recht – wie es zuweilen vorgekommen ist – kann es unmöglich Sprachrohr der Arbeiter sein.» Almendra Turquino

In der nächsten Nummer

- die wirtschaftliche Lage Kubas
- aktive Solidarität mit Kuba: die internationale Brigade



Solidaritätskundgebung der CDR für Allende auf der Plaza de la Revolucion in Havanna.

Der Ferien-Hit für junge Leute: die Hotelplan Hitparade

28 Seiten randvoll mit heissen Ferientips, getestet und ausgewählt von jungen Ferienfans.

Wo gibt's noch «Badeferien à la Robinson» ab Fr. 340.-*?
Wo finden Sie Sport und Fun à discrétion an der Costa del Sol ab Fr. 490.-*?
Warum kosten 17 Tage Traumferien auf den Bahamas nur Fr. 1350.-*?
Wo gibt es noch unverfälschte Fischerdörfer?
Wo herrscht 24-Stunden-Ferienbetrieb für Quicklebendige?
 * zuzüglich Preisaufschlag der Fluggesellschaft für Benzinpreiserhöhung

Das alles und noch viel mehr erfahren Sie in der HOTELPLAN «Hitparade»!

- Zum Beispiel:
1. Dass wir Sie besonders günstig an Ihr Ziel bringen.
 2. Dass Sie völlig unkonventionelle und lustige Ferien erwarten.
 3. Dass Sie soviel Freiheit haben, wie Sie wollen.

Hauptsache: Sie fühlen sich wie ein Fisch im Wasser! Urteilen Sie selbst! Ein Telefon genügt und Sie erhalten Ihre HOTELPLAN «Hitparade»

8001 Zürich, Seidengasse 13, (01) 27 06 50 — 8031 Zürich, Talacker 30, (01) 27 14 50 — 8004 Zürich, Badenerstrasse, (01) 39 36 36 — 8402 Winterthur, Unterer Graben 35, (052) 23 66 34 — 5000 Aarau, Einkaufszentrum «Telli», (064) 24 66 46 — 5400 Baden, Mellingerstrasse 1, (056) 22 23 93 — 3001 Bern, Hirschengraben 11, (031) 22 78 24 — 2500 Biel, Marktgasse 30, (032) 6 72 72 — 4001 Basel, Steinenvorstadt 62, (061) 23 77 11 — 3600 Thun, Am Bernort, (033) 3 50 21, ab Juni 1974: (033) 23 50 21 — 6000 Luzern, Alpenstrasse 12, (041) 23 75 45 — 9001 St. Gallen, Frongartenstrasse 5, (071) 22 61 61 — 7000 Chur, Planaterrastrasse 2, (081) 22 72 22 — 9430 St. Margrethen, Einkaufszentrum Rheinpark, (071) 71 37 37

1030

Hotelplan

...alle Ferien: Ihre besonders

Partner für die Ferien gesucht? Wie wär's mit einem Kontaktinserat in «konzept»? Talon in dieser Nummer. Jedes Inserat wird angenommen.



Aus USA ORIGINAL

Lee

Armee-Schlafsäcke
 Feldjacken und Hosen
 Reporterärmel
 Fliegerjacken

Buschjacken
 Marinejacken
 Safarihemden
 Seesäcke

Nylon-Gestellrucksäcke
 Lee Riders und Jacken
 Leder-Armeestiefel
 Lederbekleidung usw.

BLUE JEANS:
 Wrangler
 Lee Cooper
 Levi Strauss

Versand ganze Schweiz

Gratisprospekt



Bäckerstrasse 22
 8004 Zürich
 Tel. (01) 23 90 67



Bringen Sie Ihre wissenschaftlichen Arbeiten dem erfahrenen Spezialisten:
 Juris Druck + Verlag AG, Basteiplatz 5, 8001 Zürich
 Telefon 01 / 27 77 27

Verlangen Sie

den Stellenanzeiger des Bundes mit den vielen interessanten Angeboten.



Für eine Probenummer schreiben oder telefonieren Sie uns!

EIDG. PERSONALAMT
 Stellennachweis
 3003 Bern Telefon (031) 61 62 53

Unser Verkaufsprogramm

- Schwefelsäure aller Konzentrationen
- Schwefeldioxid
- Sulfite
- Sulfate
- Phosphorsäure
- Alkaliphosphate
- Silikate
- Trocken- und Adsorptionsmittel (Silicagel und Molekularsieb)
- Chloridivate
- Produkte für die Wasseraufbereitung und Abwasserreinigung
- Komplexonite (EDTA) und andere organische Komplexbildner
- Landwirtschaftliche Hilfsstoffe

Chemische Fabrik Uetikon
 CH 8707 Uetikon am Zürichsee
 Tel. 01-74 03 01, Telex 75675

Stansstad am Vierwaldstättersee

eine aufstrebende Gemeinde im Kanton Nidwalden, sucht Lehrkräfte für die

Primarschule

(Unter- und Mittelstufe)

und

Realschule

(Abschlussklassen)

und zwar auf Frühjahr 1974, bzw. Beginn des Schuljahres 1974/75 (26. August 1974) oder nach Vereinbarung.

Das Dorf Stansstad liegt landschaftlich prächtig und verfügt über sehr gute Verbindungen sowohl in die Stadt Luzern als auch in die Berge. Die Schule ist gut ausgebaut. Eine reichliche Ausstattung mit modernen Unterrichtsmitteln und Anschaffungsmaterial ist vorhanden. Wir bieten ein angenehmes Arbeitsklima, kleine Klassenbestände, und es erwartet Sie ein von kollegialem Geist getragenes Kollegium.

Möchten Sie bei uns unterrichten? Dann senden Sie bitte Ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen an den Schulgemeindepäsidenten, Herrn Ed. Völi, Zielmatte 10, 6362 Stansstad.

Wer ist bereit für eine christliche Gemeinschaftsarbeit im evangelischen

Kinderheim Casa Cares

Reggello-Florenz (herrliche Toscana)?

Zum 1. Mai, 1. Juni, 1. Okt.

suchen wir dringend 2-3 Nachfolger(innen), die fähig sind schulpflichtigen, milieugeschädigten Italienerkindern ein familiäres Daheim zu schaffen. Sinn fürs Praktische wäre von Vorteil zur Erledigung anfallender Hausarbeiten.

Nähere Auskünfte erteilen gerne ehemalige Mitarbeiter

Nelly Binzegger
 Landstrasse 465
 5300 Turgi
 Tel. (056) 23 46 56

Walter Dolder
 Eigenheimstrasse 45
 8700 Küsnacht
 Tel. (01) 90 70 65



Schweizerischer Studentenreisendienst SSR

GRATISFERIEN

Wir suchen 4 Besitzer von Mittelklassewagen

mindestens 1 t, für den Transport von 4 Segelschiffen von Zürich nach Jugoslawien und zurück.

Zeitpunkt: Ende Mai, resp. Mitte September.

Lohn: 2 Wochen Gratisferien in unserem SSR-Hotel.

Tel.: 32 74 40, Limmatquai 138, Zürich, Roger Ruggli verlangen.

Summer Tours

for Young Teachers and Students in USA, Canada, and Mexico as Guests of American Families

Dauer: 34 Tage

Tour A: Canada-Tour DM 1190.—
 Tour B: Florida-Tour DM 1210.—
 Tour C: Kalifornien-Tour: DM 1670.—
 Tour D: Mexiko-Tour DM 1710.—

Alle Touren schliessen Hin- und Rückflug, sämtliche Uebernachtungen sowie zum Teil Verpflegung ein.

Veranstalter: Association for World Travel Exchange, 38 West, 88th Street, New York.

Weitere Informationen durch die Beauftragte für Deutschland und die Schweiz: Uta Menzel, 8 München 50, Franz-Sperr-Weg 32, Tel. (089) 150 50 19

USA-Flüge ab DM 395.—
 Südamerika-Flüge ab DM 900.—

Einwohnergemeinde Zug

Schulwesen — Stellenausschreibung

Gesucht werden auf Beginn des neuen Schuljahres 1974/75 (19. August 1974) einige

Lehrer/Lehrerinnen

an die Primarschule (Unter- und Mittelstufe)

Sekundarlehrer/ Sekundarlehrerin phil. I

Sekundarlehrer/ Sekundarlehrerin phil. II

Anmeldungen mit den üblichen Unterlagen sind baldmöglichst zu richten an das Schulpräsidium der Stadt Zug, Haus Zentrum.

Für Anfragen und Auskünfte steht das Schulamt jederzeit zur Verfügung, Tel. 042/25 15 15.

Der Stadtrat von Zug

Abonnieren Sie

konzept

Die Zeitung, bei der die Information nicht an der Oberfläche bleibt.

Jeden Monat eingehende Berichte, fundierte Analysen und kritische Kommentare

- zu brisanten innenpolitischen Themen
- zur internen Entwicklung anderer Staaten, insbes. Entwicklungsländer
- zu bildungs- und wissenschaftspolitischen Problemen
- zu Kulturfragen

Ständige Mitarbeiter: Roman Brodmann, Walter Matthias Diggelmann, Beat Kappler, Niklaus Meienberg.

«konzept», die Zeitung für kritische Leser, die engagierte Auseinandersetzungen nicht scheuen. In jeder Nummer viele freizügige Kontaktinserate.

Abonnement: Pro Jahrgang Inland Fr. 12.—, Ausland Fr. 14.—, Abonnemente laufen jeweils von Januar bis Dezember. Die nächsten 7 Nummern (bis Dezember 1974) Fr. 8.— (Ausland Fr. 10.—).

Talon in mit 30 Rappen frankiertem Couvert einsenden an:
 Administration «konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich

Herr/Frau/Fräulein (Nichtzutreffendes streichen)

Name, Vorname:

Strasse, Nr.:

PLZ, Ort:

Abonniert ab sofort «konzept» bis Dezember 1974.

Datum, Ort:

Beruf:

Unterschrift:

Schicken Sie bitte eine Gratisprobenummer an folgenden Bekannten:

k 74/4

Der Spaltpilz Honegger

oder der Ständerat und seine mächtigen Auftraggeber

«Es sollte klar und deutlich zum Ausdruck gebracht werden, dass die Arbeitnehmer nicht damit rechnen dürfen, in Zukunft automatisch den auf einem problematischen Index beruhenden Teuerungsausgleich zu erhalten.» Dies schrieb der Verwaltungsratspräsident Kaiser von der Georg Fischer AG an Ständerat Honegger am 22. November 1973. Kurz vorher war der Oktoberindex mit seinem teils überhöhten Sprung von 9,5% veröffentlicht worden.

Mandate Fritz Honeggers

Ständerat
Direktor der Zürcher Handelskammer
Kontrollstelle
der Schweiz. Kreditanstalt
Verwaltungsrat NZZ
Verwaltungsrat Elektro-Watt
Verwaltungsrat
Papierfabrik an der Sihl
Verwaltungsrat Zschokke
Verwaltungsrat
Flughafen-Immobilien-Gesellschaft
Verwaltungsrat Bull-Honeywell
Aufsichtsrat Rentenanstalt

Fünf Tage nach dem Briefdatum handelte Honegger und reichte im Bundeshaus folgendes Postulat ein (27. Nov. 1973).

«Die letzten Erfahrungen haben gezeigt, dass der heute geltende Konsumentenpreisindex sich nicht mehr als Grundlage für die automatische Anpassung verschiedenster Leistungen eignet.

Der Bundesrat wird gebeten, zu prüfen, ob für solche Anpassungen an die Teuerung sich nicht ein separat berechneter Index aufdrängt.»

Nachmals später, am 12. Dezember, spaltete der Bundesrat den Index in einen übersteigerten Rumpfindex und den Energieindex. Zwar sollten dadurch übersteigerte Mietaufschläge verhindert werden, aber der Rumpfindex wurde von Unternehmenseite gleichzeitig zum Massstab für den Teuerungsausgleich ausgerufen.

Aber nicht nur der volle Teuerungsausgleich, sondern auch die Realloohnerhöhung wurde im Brief der Georg Fischer AG bestritten: «Diese Situation verbietet unseres Erachtens ein Zugeständnis hinsichtlich der Forderung nach einer generellen Realloohnerhöhung, da dadurch die Existenzgrundlage mancher Unternehmen echt gefährdet würde.»

Die Preis- und Lohnüberwachung funktionierte gemäss dieser Regie: In Schürmanns Richtzahl von höchstens 10% Loohnerhöhung fand neben dem Teuerungsausgleich des Rumpfindex von ca. 8,5% nur noch der halbe Produktivitätszuwachs mit 1,5% Realloohnerhöhung Platz.

Auch bezüglich des Vorgehens war Honegger genau instruiert worden.

«Wir wären Ihnen ferner sehr dankbar, wenn Sie persönlich bei Herrn Bundesrat Brugger intervenieren könnten, denn ein klärendes Wort seinerseits im Zusammenhang mit dem Sprung des

Oktoberindexes auf 9,5% ist unbedingt notwendig, und «Es wäre deshalb sehr erwünscht, wenn Herr Bundesrat Brugger wie auch Herr Prof. Schürmann mit aller Deutlichkeit darauf hinweisen würden, dass der Index keine aussagefähige Basis für Lohnbegehren darstellt.» Die klärende Kraft von Brugger-Worten hatte sich seinerzeit schon in seinem Satz «Spare in der Zeit, so hast Du in der Not» gezeigt, den er in den ganzseitigen Inseraten der Erdölvereinigung (Verband der Erdölförderung) unterschrieb. Wie nachträglich erinnerte, bestand die Oelkrise grossenteils aus eben dieser Verknappungshysterie der Erdölhändler.

Was ist von diesem Brief zu halten?

● Er zeigt interessante Aspekte der Übertragungsmechanismen in der wirtschaftspolitischen Entscheidungsbildung der Schweiz. Durchaus legale Interessenvertretung kommt je nach Absender zum Ziel oder nicht. Allerdings

ist dieser Brief und die so prompte Einreichung des Postulates Honegger nicht der einzige Weg, der unternehmerische Interessenvertretung zu ihrem Ziel der Indexspaltung führte. Der Abfassung des Briefes ging eine Sitzung der Zürcher Handelskammer am 12. Nov. voraus, deren Direktor Honegger ist. Am 15. Nov. schrieb die Arbeitgeberzeitung, die entscheidende Teuerungsurkunde, das Oel, liesse sich genau isolieren, und wandle sich gegen Realloohnerhöhungen. Am 20. Nov. schrieb der Berater des Bankvereins, Aschinger, in der «NZZ» gegen den automatischen Teuerungsausgleich. Das Postulat und die Demarchen Honeggers besorgten dann die parlamentarische Absicherung aller dieser Vorstellungen.

● Ständerat Honegger ist weder nebenbei Politiker noch zufällig in einflussreichen wirtschaftlichen Stellungen. Er ist beides notwendigerweise. Als «Wirtschaftsführer» (wie ihn das Kreditanstalt-Bulletin nannte) und als

Ständerat wirkt er in der Erhaltung und Gestaltung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen für das Unternehmertum.

● Dem Verfassungsausspruch «Die Mitglieder beider Räte stimmen ohne Instruktionen» (BV Art. 91) genügt Honegger formal ohne weiteres. Wenn aber im Briefe der Georg Fischer AG steht «Wir erlauben uns, eine Kopie dieses Briefes einigen weiteren Persönlichkeiten der schweizerischen Wirtschaft zukommen zu lassen», dann ist Honegger als Angestellter der Zürcher Handelskammer und als Verwaltungsrat vieler Grossunternehmen, unter Drohung des Verlusts seiner Stellungen im Wiederholungsfall, zum Handeln veranlasst.

● Der Brief und die weiteren Vorgänge um die Indexspaltung legen nicht etwa Honegger oder die Georg Fischer AG bloss, sondern die Mechanismen des schweizerischen politischen Systems.

Beat Kappeler

Prof. Ifflands Rechtfertigung von Privatinvestitionen:

Wissenschaft als Dienstleistung

Pseudowissenschaftliche Studien interessierter Kreise nehmen in der Schweiz überhand. Die St.-Galler Hochschule bremste AHV-Revisionen mit Prognosen über horrenden Lasten künftiger Sozialversicherung, die «Wirtschaftsförderung» bezweckte ähnliches, indem sie «bewies», dass die Alten ja doch nur ihre Renten auf die Bank bringen, und schliesslich reiheten der Lausan-

ner Professor Iffland und sein Assistent Stettler die Wohltaten schweizerischer Unternehmen in Brasilien auf 185 Seiten aneinander: Jeder Arbeitsplatz aus schweizerischen Investitionen in Brasilien schafft drei weitere, die dort eingesetzten Kapitalien rentieren nur mit 4,2% und auf sozialem Gebiet sind die schweizerischen Filialen in Brasilien Musterbetriebe.¹

Vorortspräsident und Roche-Generaldirektor Junod zeigte sich denn auch stellvertretend für die derart entlasteten Privatinvestoren enthusiastisch. Schon Monate bevor die Studie erschien, wusste er den erwähnten Beschäftigungsmultiplikator in einem Vortrag triumphierend vorzuzeigen. Nach erfolgter Publikation gab ihm die Kreditanstalt in ihrem Bulletin Gelegenheit, Iffland und Stettler dafür zu danken, «durch ihre Arbeit dem Problem der privaten Investitionen in den Entwicklungsländern eine neue Grundlage gegeben zu haben». Gerade darin hat Junod die Studie aber bereits gründlich missdeutet. Iffland wollte «mittels Beobachtungen in einem klar abgegrenzten Gebiet» (S. 9) machen – Junod aber preist «die privaten Investitionen in allen Entwicklungsländern. Iffland hat meines Wissens noch immer nicht gegen diese missbräuchliche Interpretation seines Werks protestiert, obwohl er sogar wissen musste, dass diese kommen würde. Denn seine Arbeitsmethode bestand im wesentlichen darin, zweimal nach Brasilien zu reisen und dort wie hierzulande die schweizerischen Unternehmer und die sie unterstützenden Regime-Behörden Brasiliens zu befragen. Obwohl seine Studie die behauptete Nützlichkeit von Privatinvestitionen gegen ein verbreitetes internationales und kritisches Schrifttum verteidigen müsste, setzte er sich in seinem Buch mit einem einzigen Werk daraus auf wenigen Zeilen nur auseinander.²

Zählrahmenlogik

Ifflands weitere Methoden sind für den Leser undurchsichtig, beispielsweise wenn er vorrechnet, dass von den 19380 in schweizerischen Filialen tätigen Brasilianern im ganzen 43000 Personen leben können. Die jährliche Wertschöpfung der 14 beobachteten schweizerischen Firmen von 954 Mio. Cruzeiros wird nach Iffland verausgabt für Zinsen, Mieten, Steuern, Dividenden usw. Daher teilt er diese Summe einfach durch einen brasilianischen Durchschnittslohn und erhält so weitere 26300 Brasilianer, die dank der schweizerischen Präsenz Einkommen erzielen. Die kleine von Mächt und Wohlstand geprägte Schweiz hat also durch schweizerische Filialen beschäftigt aber weitere Industrien, und zwar in unterschiedlicher Stärke je nach Branche. Iffland greift irgendwoher aus den Betriebsrechnungen Erfahrungswerte heraus und leitet davon Koeffizienten ab, welche die Höhe solcher Beschäftigungsübertragung aus diesen Käufen auf andere Unternehmen darstellen sollen. Für die Nahrungsmittelebranche (Nestlé) kommt er z.B. auf 95%, die derart durch schweizerische Filialausgaben bestimmten Einkommenssummen anderer Unternehmen teilt er wiederum durch den Durchschnittslohn und kommt auf weitere 42120 Brasilianer, die aus den schweizerischen Betrieben leben. Grosszügig verzichtet er darauf, die Konsumausgaben der jetzt auf total 87800 Brasilianer angeschwollenen Begünstigten aus schweizerischen Investitionen nochmals dazuzuzählen, multipliziert aber diese Zahl immerhin noch mit je 4,9 Familienangehörigen, womit das schweizerische Kolonialreich in Brasilien der halben Million zureicht.

Ob die Ausgabengrösse nicht etwa auf der Kostenseite mitunter indirekt ins Ausland fließt, tut Iffland mit einigen Fragestellungen ab und weist in der Zahlungsblanzrechnung «nur» ein Loch von 23 Mio. \$ für 1971 als Differenz anderer schweizerischer Belastungen der brasilianischen Devisen vor. Mit viel mehr Ausdauer preist er dage-

gen über fast 40 Seiten hinweg die Sozialausgaben der 14 schweizerischen Unternehmen in Brasilien.

Die ganze Koeffizienten- und Beschäftigtenvervielfältigungsrechnung beruht überdies auf keiner irgendwie näher zitierten wissenschaftlichen Methode. Einzig als romantische Illustration schreibt Iffland, dass ja auch zwischen Bauer, Müller, Bäcker, Zähler und damit Einkommensströme entstünden.

Unternehmer als Kleinsparer

In der Rentabilitätsrechnung der schweizerischen Investitionen zeigt Iffland seine Verteidigungshaltung noch deutlicher. Der durchschnittliche Reingewinn nach Steuern machte 1971 bei den 14 Firmen nur 4,2% des eingesetzten Eigenkapitals aus. Einmal mehr langt man also bei einem von Unternehmern angegebenen Kapitalertrag an, der den Kleinsparern auf Sparbüchern geboten wird. Allerdings, wenn man sämtliche Vorteile aus den Investitionen anrechnet, kommt sogar Iffland auf eine Rendite von 8,9 bis 9,2% für 1971, was bereits dem glaubwürdigen Durchschnittsertrag amerikanischer Unternehmen in Lateinamerika von 10,6% (1970)³ näherkommt. Fachleute glauben sogar, dass in Entwicklungsländern nur Investitionen mit mindestens 15% Profitaussicht getätigt werden.⁴

Diese höhern Rentabilitätszahlen lässt Iffland aber nur unter der sogenannten «maximalen Hypothese» gelten, das heisst, wenn sie unterblieben wären (ohne die schweizerischen Investitionen). Hingegen hat Iffland diese maximale Hypothese nicht in Frage gestellt, als es darum ging, die erwähnte Beschäftigungsvervielfachung auf 87800 Personen zu berechnen. Dort nahm er an, dass bei Ausbleiben der schweizerischen Investitionen niemand an ihre Stelle getreten wäre. Iffland nimmt also stillschweigend an, «die Alternativsituation sei das Fehlen ausländischer Direktinvestitionen (...)

Ausser acht gelassen wird dabei weiterhin die Möglichkeit einer Einigung über andere Produktions- und/oder Eigentums kombinationen, deren Nettogewinne für das Gastland akzeptabler wären. Eine einseitig auf das Gastland angewandte Nutzen-Kosten-Analyse, die andere Produktionsmöglichkeiten ausser acht lässt, verschleierte solche wichtigen taktischen Alternativen.⁵

Prof. Vernon, Leiter einer Harvard-Studiengruppe über Multinationale, zeigte über die Investitionsformen in Lateinamerika dann einen Devisenverlust aus Auslandinvestitionen, wenn diese nicht direkt importvermeidend wirken.⁷

Vor lauter Bäumen den Wald übersehen

Wirtschaftskreise und Vorort ziehen bereits allgemeine Schlüsse aus den isolierten Einzelbeispielen von 14 schweizerischen Unternehmen in einem einzigen Land, nämlich Brasilien. Aber fraglich ist selbst, ob die Resultate Ifflands für das eine Beispiel schon stimmen können. Prof. Vernon ist skeptisch, ob man aus isolierten Investitionen auf den sozialen Gewinn des Gastlandes der Investition schliessen darf: «Der seiner Sache sichere Wirtschaftler wird bei Bestimmung des sozialen Ertrags (der Investition) die Grenzwirkung des gesamten multinationalen Systems auf das Gastland der Filiale rechnen. Daher kann der Vorteil aus der Tätigkeit einer solchen Filiale nicht aus der Buchhaltung die-

ser einen Filiale berechnet werden, ebenso wenig wie das nominal eingesetzte Kapital und der nominal ausgewiesene Gewinn der Filiale dieser Art der Vorteile nicht direkt ausweisen.»⁸

Indem er beim isolierten Einzelfall bleibt, übersteigt Iffland kaum das Anspruchsniveau der von Nestlé selbst herausgegebenen lobenden Broschüre über ihre Filialen in Mexiko. Iffland zitierte Vernons Werk auch, aber nur dort, wo jener vor genereller Kritik an kapitalintensiven Auslandinvestitionen warnt.⁹ Neben den paar Unternehmeninvestitionen wären also noch viele weitere Gesichtspunkte abzuklären, um zu einer wirklichen Beurteilung der Wohltatsdefekte schweizerischer Investitionen auf die brasilianische Wirtschaft zu gelangen, worauf auch das lesenswerte Bändchen Bruno Fritschs hinweist.¹⁰

Offene Fragen

Wieviele des 200-Mio.-Ueberschusses im Export schweizerischer Firmen nach Brasilien wurde durch die direkten Investitionen veranlasst? Welche Fluchtgelder kamen über die schweizerischen Grossbankfilialen Rio de Janeiro aus Brasilien? Die Kreditanstalt ist zudem an einigen brasilianischen Banken beteiligt, was wie die vielfältigen Versicherungsbeziehungen auch unerwünscht blieb. Darlehen finanzierten einen Teil der schweizerischen Direktinvestitionen, aber woher kamen sie? Saugten die schweizerischen Firmen etwa nach Art vieler Multinationaler lokales Kapital von andern Zwecken weg? Hatte die Einführung schweizerischer Unternehmen, Produkte und Lebensart nicht vielleicht einen «Demonstrationseffekt» zur Veränderung des brasilianischen Konsumverhaltens, das zu höherem Importen und kleinerer Sparkapitalbildung führte?

In diesen wichtigen Fragen fehlt die sonstige Detailwelt der Lausanner Studie, dagegen erwähnt sie 5027 Farminspektionen (1970) und 4 Syphilisheilungen (1965) durch Nestlé-Leute ...

Auf den noch weiteren sozialen Rahmen geht sie ebenfalls nicht ein, nämlich dass etwa Brasilien einer menschenverächterischen Diktatur untersteht, welche schweizerische und internationale Investitionen wie Fliegen anzieht. Die beiden Autoren Iffland und Stettler scheinen nicht nur methodisch fragwürdig und ohne Kenntnisnahme internationaler kritischer Literatur vorgegangen zu sein, sondern in extremer Beschränkung auf eine Fall-Studie allen interessierten Interpretationen aus Kreisen ihrer Formanten auf Investorenseite die Türen zu öffnen. Die Aufgabenstellung und ihr Resultat scheinen wie bestellt und abgeholt. Nicht unbedingt privat, sondern «Multinational muss die Hilfe sein», lautete ein Titel eines Iffland-Buches über Entwicklungshilfe. Das war 1967.

Beat Kappeler

¹ Charles Iffland/Alfred Stettler: «Die schweizerischen Direktinvestitionen in Brasilien» (Les investissements directs suisses au Brésil), Französisch Laus-nee 1973, 185 S.
² Claude Julien: «L'empire américain», Paris, 1968.
³ Financial Times, 17. Dez. 1971.
⁴ «Solidarität oder Rentabilität?», Herausgeber R. Büchi/K. Matter, Zürich, 1973, S. 105.
⁵ Constantine V. Valtos: «Einfluss von Investition und Transaktionskosten auf die multinationalen Konzerne», Reihe Hanser, München, 1974.
⁶ Deschamps P. Streten, in «International Investments», Penguin, London, 1972, S. 440.
⁷ Raymond Vernon: «Les entreprises multinationales», Calman-Lévy, Paris, 1973, S. 219.
⁸ desgleichen, S. 195/196.
⁹ Iffland, S. 34, Vernon S. 232.
¹⁰ Bruno Fritsch: «Die vierte Welt», DTV, Taschenbuch 929, S. 34.

So begann die Indexspaltung

Sehr geehrter Herr Ständerat,

Auf die Sitzung der Zürcher Handelskammer vom 12. November zurückkommend gestatten wir uns, Ihnen folgende Stellungnahme zukommen zu lassen.

Wie Sie wissen, stehen die Unternehmer zur Zeit in sehr schwierigen Verhandlungen mit ihren Arbeitnehmervertretungen bezüglich der Festsetzung der Löhne und Löhne auf den 1. Januar 1974.

Die derzeitige Situation der schweizerischen Volkswirtschaft ist gekennzeichnet einerseits durch ein gravierendes Ansteigen der Personal- und Materialkosten, andererseits durch eine die Exportindustrie ausserordentlich belastende Aufwertung des Schweizer Francs gegenüber den meisten ausländischen Währungen. Diese Situation verbietet unseres Erachtens ein Zugeständnis hinsichtlich der Forderung nach einer generellen Realloohnerhöhung, da dadurch die Existenzgrundlage mancher Unternehmen echt gefährdet würde.

Aber auch beim sogenannten Teuerungsausgleich ist nach unserer Auffassung äusserste Zurückhaltung am Platz. Erstens enthält die damit verbundene Indexierung der Löhne und Löhne einen virulenten Inflationsfaktor, weil dabei beim Lohnempfänger jedes Interesse an der Teuerungsbekämpfung verlorengeht und weil bei einer durchgehenden Indexierung unvermeidlich ein kumulativer Rückkopplungseffekt in Form der bekannten Lohn-Preis-Spirale auftritt. Zweitens dürfte die Zusammensetzung und Gewichtung des Indexes für die heutigen effektiven Verhältnisse kaum mehr repräsentativ sein. Die Überprüfung des Landesindex der Konsumentenpreise sollte deshalb dringlich an die Hand genommen werden.

Wir wären Ihnen ferner sehr dankbar, wenn Sie persönlich bei Herrn Bundesrat Brugger intervenieren könnten, denn ein klärendes Wort seinerseits im Zusammenhang mit dem Sprung des Oktoberindexes auf 9,5% ist unbedingt notwendig. Leider wurde die Gelegenheit verpasst, bei der Veröffentlichung und Kommentierung des Oktoberindexes auf die Gefährlichkeit des Indexdenkens hinzuweisen. Die ausserordentlich hohe Steigerung wurde bekanntlich durch die Entwicklung auf dem Heizölsektor verursacht; ohne Einbezug der Heizölpreise hat sich die Preissteigerungsraten in den letzten Monaten vermindert und volle Einbezug der gestiegenen Heizölpreise in den Index ist ein Beweis für die Fragwürdigkeit des Indexsystems, denn für die Konsumenten werden sich die erhöhten Heizölpreise grösstenteils erst mit den Abrechnungen für die Heizperiode 1973/74 auswirken.

Es wäre deshalb sehr erwünscht, wenn Herr Bundesrat Brugger wie auch Herr Prof. Schürmann mit der Deutlichkeit darauf hinweisen würden, dass der Index keine aussagefähige Basis für Lohnbegehren darstellt. Ferner sollten die Arbeitnehmer darüber aufgeklärt werden, dass auch der sogenannte Teuerungsausgleich für die Firmen zusätzliche Kosten bedeutet, die zu Lasten der Märgen gehen, da eine vollumfängliche Abwälzung auf die Preise entweder unmöglich oder unerwünscht ist. Bei vielen Branchen ist die Ertragslage so, dass infolge der ungenügenden Märgen die Substanzzerstörung schon heute nicht mehr gewährleistet ist. Es wäre deshalb an der Zeit, die Arbeitnehmer zu motivieren, dass auch sie einen Beitrag zur Erhaltung der Arbeitsplätze in der Schweiz leisten müssen, indem durch nicht beeinflussbare Faktoren hervorgerufene Preissteigerungen, wie z. B. beim Heizöl, mindestens teilweise auch von den Arbeitnehmern mitzutragen sind und nicht ausschliesslich den Unternehmen aufgebürdet werden können. Es sollte mit andern Worten klar und deutlich zum Ausdruck gebracht werden, dass die Arbeitnehmer nicht damit rechnen dürfen, in Zukunft automatisch den auf einem problematischen Index beruhenden Teuerungsausgleich zu erhalten. Alle Lohnzahlungen, auch diejenigen in Form eines Teuerungsausgleichs, müssen zuerst rechtlich erwirtschaftet werden, wenn die betreffenden Betriebe überleben sollen. Bei vielen Firmen dürfte aber der Punkt erreicht sein, bei welchen auch der sogenannte Teuerungsausgleich nicht mehr voll verkräftet werden kann.

Wir danken Ihnen erneut, sehr geehrter Herr Ständerat, wenn Sie sich für unser Anliegen verwenden könnten. Wir erlauben uns, eine Kopie dieses Briefes einigen weiteren Persönlichkeiten der schweizerischen Wirtschaft zukommen zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen
Georg Fischer Aktiengesellschaft

++ redaktionelles ++ redak

Unserem Leser in Bern-Brückfeld

Möchten wir versichern, dass seine Zeitschrift «Pyl Teufel» aus einem Missverständnis heraus entstanden ist. Ver unseren Briefkasten «Lieber Onkel Adolar» und darüber hinaus unsere Zeitung kennt, wird wissen, wo unsere Sympathien beim britischen Bergarbeitertreue liegen. Sollten Sie, lieber Leser in Bern, uns noch nicht glauben können, so lesen Sie vielleicht unsere Artikel zum Thema «Dritte Welt» (ein Verzeichnis dieser Artikel findet sich in der März-Nummer; sie können gegen Einsendung von 1.20 Franken in Briefmarken bei der Redaktion bezogen werden). Am besten lernen Sie unsere Zeitung jedoch durch ein Abonnement kennen (Talon in dieser Nummer), und vielleicht werden Sie uns dann, was uns freuen würde, häufiger schreiben – aber bitte nicht anonym.

An unsere Abonnenten

Die Erneuerung des Abonnements für 1974 war Ende Februar bzw. auf den 15. April (Mahnung) fällig.

Abonnemente, die bis zum 8. Mai nicht bezahlt sind, werden endgültig aufgehoben.

«konzept»:

Fr. 10.— auf PC 80-37 626, konzept, Zürich (Abo bis Dez. 74)

«zürcher student/konzept»:

Fr. 18.— auf PC 80-35 598, zürcher student, Zürich (Abo bis Febr. 75)

Ingenieur – die unattraktive Laufbahn

Ausgangspunkt des Projektes «Laufbahnwahl Ingenieur» – «Ziel ist nicht die Entwicklung einer Theorie sondern... die Klärung bestimmter praktischer Tatbestände» – ist die Nachwuchssituation auf dem Gebiete der Ingenieurausbildung:

- Seit 1963/64 hat die Zahl der Studierenden in den Fächern Maschinenbau, Elektrotechnik, Bauingenieurwesen und Elektrotechnik absolut nur sehr wenig zugenommen und ist relativ zu den anderen Studienrichtungen zurückgegangen.
- Gemäss verschiedenen Arbeitsmarktpersonen für Ingenieure steht dem stagnierenden Angebot eine grosse und sich wahrscheinlich vergrössernde Nachfrage gegenüber.

Mögliche Ursachen des Mangels

Wenn also beim «Maschinen- und Elektroingenieur allgemein ein starker momentaner und wahrscheinlich noch längere Zeit andauernder Nachfragerüberhang angenommen wird», so muss man sich die Frage stellen, wieso die Studien- und Berufswahl dieser beiden Studienrichtungen nicht in stärkerem Ausmass belegen. Entweder ist diese Situation den Mittelschülern nicht bekannt, oder – dies ist der wahrscheinlichere Fall – die «Laufbahnwahl wird durch Faktoren bestimmt, die mehr Gewicht haben als die Nachwachstumsfrage». Welches sind nun aber diese Faktoren?

- Die Technik als «Konstruktion und Anwendung von Werkzeugen, Geräten und Maschinen» resp. die Beziehung zwischen Technik und Gesellschaft ist heute Gegenstand heftiger Kritik und hat, nicht zuletzt aufgrund des Sachverhalts, dass den «heutigen Mittelschülern am Umgang mit Dirigenten und Materiellem weniger liegt als an der Beschäftigung mit Problemen, die Mensch, Leben und Gesellschaft direkt betreffen», an Anziehungskraft verloren.

- Die Ingenieurausbildung an der ETH-Z ist relativ stark an der beruflichen Praxis orientiert. Die Studiengänge sind weitgehend in der Richtung «Das gestaffelte Programm bringt es mit sich, dass die Ausbildung als sehr streng und anspruchsvoll empfunden wird.»

- Das Sozialprestige des Ingenieurs ist tiefer als dasjenige anderer akademischer Berufe, z.B. des Anwalts oder des Arztes. Die meisten Ingenieure werden in der Industrie in unselbstständiger Tätigkeit beschäftigt. Die Mittelschüler schätzen jedoch in der Regel den Status des Selbständigwerdenden höher ein als denjenigen des Angestellten. Vielen Mittelschülern ist es nicht klar,

in welchem Ausmass der Ingenieur «seiner Ausbildungsqualifikation gemäss eingesetzt wird und was für Tätigkeiten zu erwarten sind (Konstruktion/Produktion/Forschung/Planung/Organisation).

- In letzter Zeit hat ein ständig wachsendes Unbehagen der Industrie gegenüber festgestellten werden können. Eine negative Einstellung zur Industrie bei den Mittelschülern muss angenommen werden, «weil diejenigen Meinungsträger und Einflusspersonen, an denen sich die jungen Intellektuellen vielfach orientieren, ihre kritische oder sogar eindeutig negative Haltung nicht verbergen».

Ergebnisse der Umfrage

Die schriftliche Befragung wurde im Kanton Bern an allen Maturklassen der deutschsprachigen Mittelschulen des Maturtyps A, B und C sowie in ausgewählten Maturklassen der Region Zürich, Luzern und Basel sowie in zwei Internaten durchgeführt. Das endgültige Sample umfasste 1212 Befragte, was rund einem Drittel der befragten Schülerpopulation entspricht. Dabei macht die Berner Teilgruppe rund ein Drittel aus.

Das Interesse an den Ingenieurwissenschaften ist relativ gering. Ebenso das soziale Ansehen des Ingenieurs (die Rangfolge der akademischen Berufe nach ihrem Ansehen stimmt dabei in hohem Ausmass mit ihrer perzipierten Wichtigkeit überein). Ueber den Nachfrageüberhang nach Ingenieuren, den eigentlichen Anstosspunkt für die Untersuchung, haben nur ca. 15 bis 20% der Befragten Kenntnis. Eine selbständige Tätigkeit wird im allgemeinen einer unselbstständigen vorgezogen. Das erwartete deutliche «negative Interesse an der Technik» findet sich nur bei einem Fünftel der Befragten. Am Ingenieurberuf interessieren sich mehr Mittelschüler in erster Linie Tätigkeiten, die wenig spezifisch sind für den Ingenieur (leitende Tätigkeiten, Forschung und Entwicklung). «Die für den Ingenieur typischen Tätigkeitsbereiche Berechnung und Konstruktion sowie technische Betriebsplanung, -organisation und -leitung sind relativ wenig attraktiv».

Der Vergleich zwischen den persönlichen und sozialen Merkmalen derjenigen, die ein Ingenieurstudium ins Auge fassen, und den Interessen für andere Studienrichtungen bringt kaum neue Elemente:

Ingenieur will eher werden, wer aus tiefer Sozialschicht stammt und dessen Vater auch einen technischen Beruf ausübt (Ingenieur als Aufstiegsberuf). Ingenieurwähler interessieren sich mehr für Mathematik, Physik, Darstellende Geometrie und Chemie. Die Einstellung

im weltanschaulich-politischen Bereich ist bei Ingenieurwählern weniger «progressiv». Viel Wert wird auf folgende Aspekte des beruflichen Kontextes gelegt: Einkommen, Berufsaussichten, Entwicklung des Berufs in der Zukunft und Aufstiegsmöglichkeiten. Ingenieurinteressenten weisen eine deutlich positivere Einstellung zur Industrie und zum Beitrag der Industrie zum Fortschritt auf.

Grenzen der Untersuchung

Zwei grundsätzliche Bemerkungen sind schliesslich noch anzufügen:

- Die Beziehungen zwischen den psychischen und sozialen Merkmalen und dem Interesse für die Ingenieurlaufbahn haben den Charakter von Tendenzen und können nicht als Kausalzusammenhänge interpretiert werden. Dies wird vom Autor auch angemerkt. Der Verzicht auf «theoretische Erörterungen» und die strengen Beschränkungen auf eine «eingeschränkte Fragestellung aus der Praxis» haben sich nicht ausgesprochen fruchtbar ausgewirkt: Das Ergebnis der Arbeit ist dahingehend zusammenzufassen, dass die allgemeinen schon in früheren Untersuchungen (vor allem in der BRD) nachgewiesenen Tendenzen zwischen psychischen und sozialen Merkmalen einerseits, der Wahl bestimmter Studien- und Berufsrichtungen andererseits auch in der von Graf untersuchten Mittelschülerpopulation aufzufinden sind.

- Die Beschränkung der Untersuchung auf die subjektiven Vorstellungen, Einstellungen und Kenntnisse, die beim Schüler vorhanden sind und der Verzicht auf die genauere Betrachtung der realen Tatbestände (Arbeitssituation des Ingenieurs, Tätigkeitsbereich, gesellschaftliche Funktion usw.) führen zur Vernachlässigung der halben Wirklichkeit. Dass Kritik an der herrschenden Organisationsform der Industrie und dem technokratischen herrschaftlichen Technikverständnis nicht einfach als «negatives Interesse» bezeichnet werden kann und überhaupt nicht von einem – freilich leicht zu kritisierenden – bildungshumanistischen Selbstverständnis getragen werden muss, sollte eigentlich berücksichtigt werden. Ebenso kann man es nicht mit einem Verzicht auf eine kritische Auseinandersetzung mit den bestehenden Verhältnissen in Bezug auf die Organisation (und die Inhalte) der Ingenieurausbildung an der ETH bewenden lassen. Es ist allerdings anzunehmen, dass der Initiant für diese Untersuchung, der Arbeitgeberverband Schweizerischer Maschinen- und Metallindustrieller, weder an «theoretischen Erörterungen» noch am Einbezug der Analyse der realen Tatbestände, sondern in der Tat in erster Linie an Tendenzaussagen interessiert ist. Tendenzaussagen, aufgrund deren durch die Propagierung eines neuen Ingenieurimages die drohende Nachfragerlücke gestopft werden soll.

Herbert Kraus

* Graf P., «Laufbahnwahl – Ingenieur», Bern 1973.

Das Kapital propagiert sich am Zürcher Oberseminar

Werbewochen für die Wirtschaft

Was eine Kantonsrätin «Tummelfeld privatwirtschaftlicher Interessengruppen» nennt, von einigen Schülern «Möglichkeit zum Einblick in wirtschaftliche Vorgänge» genannt wird, ging zu Anfang des Jahres am Oberseminar unter dem Titel «Wirtschaftswoche» über die Bühne. Welchen Zweck dieses AgitProp-Theater verfolgt, versucht der folgende Artikel zu erhellen.

Nachdem bereits im Frühjahr 1972 am Evangelischen Lehrerseminar Zürich «gute Erfahrungen» mit der Wirtschaftswoche gemacht worden sind, führte man im Februar dieses Jahres auch an den beiden Abteilungen des Oberseminars Zürich (OS) solche Lehrveranstaltungen durch. Organisiert von der Holderbank Management und Beratung AG, unterstützt von der Ernst Schmidheiny-Stiftung und durchgeführt von Kaderkräften schweizerischer Unternehmen, von denen nur die grössten zu erwähnen sind (Nestlé SA, Sandoz AG, BBC, SBB usw.), hat die Wirtschaftswoche den Zweck, ein besseres Verständnis für wirtschaftliche Organisationsformen, Vorgänge und wirtschaftspolitische Massnahmen zu ermöglichen (Dr. J. Kiehlholz).

Eine Zangengebur

Um «einen Kontakt zwischen Oberseminar und Wirtschaft herzustellen», wie der Organisator Dr. W. Walser (Holderbank AG) das Ziel der Wirtschaftswoche umschrieb, bedurfte es diesmal allerdings einiger Nachhilfe. So waren verschiedene Lehrer am OS darüber ungehalten, dass nur zum Thema Wirtschaft eine Lehrveranstaltung durchgeführt werde. Auf ihren Druck hin beschloss die Leitung des OS, gleichzeitig drei verschiedene Lehrwochen zu veranstalten, und zwar mit den Themen «Medienpolitik», «Mittelstand und Wirtschaft» und «Wirtschaft und Umwelt». Als darauf nur wenige Schüler an der Wirtschaftswoche Interesse fanden, sah sich die Schulleitung dazu veranlasst, kurzerhand die nötige Anzahl Schüler der Wirtschaftswoche zuzuteilen. Dass man dabei den Vertretern und Organisatoren der Wirtschaftswoche gebührend Achtung zu zollen bereit war, zeigt die Tatsache, dass etwa zwei Drittel der Oberseminaristen dieser Veranstaltung zugeteilt wurden.

«Führungskunst»

«Das Ziel der Führung besteht darin, dass die zu erfüllenden Aufgaben zeit- und sachgerecht gelöst werden. Zu diesem Zweck sind die Mitarbeiter zu überzeugen und zu begeistern sowie einmal gefasste Beschlüsse konsequent durchzusetzen. Führung bedeutet also insofern eine Kunst, als sie Ausstrahlung und Autorität ist. Die Persönlichkeit des Führers, seine Ausstrahlungskraft, wird vor allem durch

– klares Denken und den Blick für das Wesentliche,

– Hingabe an die Sache, Mut, Unabhängigkeit, Konsequenz und Sicherheit

– den Sinn für Gerechtigkeit und echten Humor geprägt.»

(Arbeitspapier der Wirtschaftswoche)

Das Unternehmungsspiel

Der Unterricht der Wirtschaftswoche wurde auf einem «computerisierten Management-Informationsspiel (MIG)» aufgebaut, in welchem die Seminaristen selbst die Geschäftsleitung von verschiedenen Firmen spielen und ihre Entscheide fällen. Die Themen der Spielfeld repräsentieren in etwa das Rüstzeug eines Wirtschaftstheoretikers, der die bestehenden Wirtschaftsformen zu rechtfertigen hat. Da wird der Planungsablauf, die Organisation und die Geschäftspolitik geprobt, Marketing (marktgerechte Unternehmungspolitik) durchgespielt und die Börse miterlebt. Aber da wird auch Theorie getrieben: «Der volkswirtschaftliche Begriff des Preises, ... des Geldes, ... der Währung.»

Man spricht sogar über Armut und über die «Bedürfnisse des Menschen», klassiert diese, hierarchisiert sie, um zu guter Letzt in einer «Lernzielkontrolle» das erarbeitete Wissen zu testen. Frage: «Warum hat der Reisbauer, der in seiner Hütte lebt, kein Bedürfnis nach einem Backsteinhaus?» Antwort: «Er empfindet es nicht als Mangel, in einer Hütte zu wohnen.»

Ueber das Thema Gewinn führt man so leicht, wie der Gewinn eingestrichen wird. Auch wenn dieses «Wörtlein, das so leicht von den Lippen fliesst», den Oekonomen viel Kopfschmerzen bereitet, so nicht den Theoretikern der Wirtschaftswoche, die in ihm den «Wohlfahrtsmotor» erkennen. «Die Gewinne belohnen den Unternehmer zusätzlich zur Entschädigung für seinen Arbeits- und Kapitaleinsatz für seine unternehmerische Leistung.» Ueberhaupt: «Das Total der Gewinnausschüttung macht nur rund 7 1/2% aller Löhne und Gehälter aus.» Dass aber erstens die Gewinne kaum einem halben Prozent der Bevölkerung zufließen, zweitens versteuerte und wirkliche Gewinne zweierlei sind, verschweigt der «Lerntext» geflissentlich.

Es braucht keine weiteren Zitate mehr aus dem reichen Dokumentationsmaterial der Wirtschaftswoche, um sich darüber klar zu werden, wie hier geschickt verpackte Rechtfertigung des kapitalistischen Wirtschaftssystems die – hauptsächlich unversierten – angehenden Lehrer manipuliert.

Das Nachspiel

Welche Probleme der Wirtschaft denn nun dem Verständnis der angehenden Lehrer nähergebracht wurden, zeigt die Art und der Inhalt der Unterrichtsveranstaltung so deutlich, dass sich selbst im Kantonsrat jemand fand (V. Grendelmeier, ldu.), der den Braten roch, und in einer Interpellation die «Einseitigkeit» der Veranstaltung hervorhob. Gegen diese Interpellation lief ein «Entrüstungsturm» durch OS, jedenfalls durch die Köpfe von ein paar Schülern, die sich als Vertreter der gesamten Schülerschaft verstanden, deren Interesse jedoch eher um den Verein Jugend und Wirtschaft herum angesiedelt werden muss. Im Kantons-

Verlag der Fachvereine an der ETH-Z
Universitätsstrasse 19
8006 Zürich, 01/47 99 85

DER VERLAG IST EINE GENOSSENSCHAFT

Mitglieder der Genossenschaft sind die folgenden Fachvereine an der ETH-Z:

ARCHITEKTURA
Fachverein der Architekturstudenten

AIV
Akademischer Ingenieurverein

VCS
Vereinigung der Chemiestudenten

APV
Akademischer Pharmazeutenverein

AFV
Akademischer Forstverein

VIAETH
Verein der Ingenieur-Agronomen

VMP
Verein der Mathematiker und Physiker

NV
Naturwissenschaftlicher Verein

Unser Briefkasten für Ahnungslose

Lieber Onkel Adolar!

Herr M.G. in G.-T. Sie haben völlig recht, dass das Recht auf unbeschränkte und selbstbestimmte Geschwindigkeit zu den fundamentalen Freiheitsrechten in einer Demokratie gehört. Wenn Sie schon am Arbeitsplatz nichts zu bestimmen haben, sollen Sie wenigstens in der Freizeit über Leben und Tod bestimmen können. In diesem Sinne wird zurzeit von der Menschenrechtskommission der Uno die Aufnahme des «Rechts auf Ueberfahrenwerden» geprüft.

*

Herr R.I. in Ch. Leider kann ich Ihnen nicht voraussagen, ob in den Kantonen Zürich und Aargau die Reichtumssteuer-Initiativen der Sozialdemokraten angenommen werden oder nicht. (Angesichts einer solch krassen Diskriminierung einer kleinen, wehrlosen Minderheit drängt sich ja ohnehin die Bezeichnung «Sozialdemokrat» auf.) Es ist jedenfalls das Schlimmste zu befürchten. Ich rate Ihnen aber, die beabsichtigte Verlegung Ihres Domizils in den Kanton Bern sofort vorzunehmen, da die bernische Regierung, wie aus gewöhnlich gut unterrichteten SVP-Kreisen verlautet, die Einführung des Visumzwangs für Steuerflüchtige sowie eine Kontingentierung auf 200 Stück ins Auge gefasst hat. Die bescheidene Bauernmasse soll so vor Infiltration fremden Gedankenguts geschützt werden.

*

Fräulein A.G. in Z. Es ist nicht meine Schuld, dass Sie meine dumme Antwort auf Ihre dumme Frage in der letzten Nummer nicht gelesen haben. Wenn Sie die Märznummer von «konzept» verpasst haben, müssen Sie sie eben mit dem Talon in dieser Nummer nachbestellen.

Im nächsten «konzept»: Bodenreform und Bodenpolitik

Eine Analyse von Werner Kallenberger zur historischen Entwicklung unseres Bodenrechts, zur Bodenpolitik der Sozialdemokraten, zu den bürgerlichen Bodenrechtskonzeptionen und zum Konzept des Raumplanungsgesetzes. Mit viel statistischem Material zu Bodenbesitz und Bodenpreisen.

rat beantwortete Erziehungsdirektor Gilgen selbst die Interpellation, indem er sie als gegenstandslos abqualifizierte.

Es ist bezeichnend für die Funktion der Ausbildungsstätten, dass zur Propaganda für Wirtschaftsinteressen Tür und Tor geöffnet werden, und es ist ebenso bezeichnend, dass einem fehlenden Interesse für solche Propaganda nachgeholfen wird. Dass weiter für Aufklärungsarbeit über faschistische und diktatorische Regimes wie Griechenland, Spanien, Portugal, Chile usw. an den Lehrstühlen kein Platz ist, ja sogar Schüler, die sich für eine solche Arbeit engagieren, von der Schule gewiesen werden, macht deutlich, wie sehr sich die Wirtschaftsinteressen dadurch bedroht fühlen müssen.

Ruedi Küng

Mediendidaktik – Didaktik der Medien

Während die Massenmedien – vor allem das Fernsehen – schon längst zu einem ernst zu nehmenden und potenten Sozialisationsagenten für Kinder, Jugendliche und Erwachsene geworden sind, stecken Medienerziehung und Mediendidaktik noch weitgehend in den Kinderschuhen – theoretisch und praktisch. Sofern im Rahmen der hinfälligen Lehrpläne die organisierten (Massen-)Kommunikation überhaupt als Gegenstand zur Sprache kommt, so geschieht dies häufig unter einer zukunftsweisenden Abwehrrsicht: Die

tisch interpretiert werden können (Fähigkeit zur Dekodierung). Ein angemessenes Verständnis der massenmedialen Aussagen bedarf einer Analyse der eigenen Rezipientensituation, der Arbeitsbedingungen der Kommunikation im Mediensystem und der sozialen und politischen Organisationsformen dieses Systems.

Es ist hier nicht möglich, den weitestgehenden Erörterungen Baackes über «kommunikative Kompetenz» und den Zusammenhang von individueller Kompetenz und Systemkompetenz im einzelnen nachzugehen. Die Fülle des verarbeiteten Materials, die brennende Aktualität des praktischen erkenntnistheoretischen Interesses macht jedoch «Kommunikation und Kompetenz» trotz dem stellenweise eklektischen Charakter und den systemtheoretischen Euphorien zu einer brauchbaren Einführung für den an theoretisch fundierten mediendidaktischer Praxis Interessierten.

Konkrete Modelle und praktische Erfahrungen hingegen werden in den beiden von Baacke herausgegebenen Readers «Mediendidaktische Modelle: Zeitung und Zeitschrift» und «Mediendidaktische Modelle: Fernsehen» referiert. Neben einem Unterrichtsmodell zur Kritik an der Jugendzeitschrift «Bravo», einer Unterrichtseinheit zur Analyse der Tagesschau («ein notwendiges Ritual?») finden sich Praxisberichte über die Arbeit mit Gruppen mit dem Ziel, «den Gegensatz von Kommunikator und Rezipient aufzuheben, den Mythos des passiven Konsumenten zu durchbrechen. Angesichts dieser Fülle von konkreten Anregungen kann man sich nur die Frage stellen: Wieso geschieht in unseren Schulen auf diesem Gebiet (fast) gar nichts?

Franz Gerschauer

1 Baacke D., «Kommunikation und Kompetenz», München 1973.

2 Baacke D. (Hrsg.), «Mediendidaktische Modelle: Zeitung und Zeitschrift», München 1973.

3 Baacke D. (Hrsg.), «Mediendidaktische Modelle: Fernsehen», München 1973.

Jugendze

Massenmedien erscheinen als der allgewaltige Frankenstein – ein Frankenstein freilich, der sich gleichsam in einem sozial neutralen Raum bewegt.

Mit seinem Buch «Kommunikation und Kompetenz» versucht Baacke diesem desolaten Zustand auf den Leib zu rücken. Pädagogik und Publizistik standen als die Summe der Kommunikationswissenschaften) treffen sich in einem Bereich: «In der Information, der hermeneutischen Erschliessung der jeder Art von Information inhärenten Bedeutung und Sinnverweise und der Erziehung zu kontrafaktischer Reflexion». Ziele pädagogischer (im speziellen medienpädagogischer) Praxis ist Kompetenz, die «Verfügbarkeit über Strategien zur Sprache kommt, so geschieht dies häufig unter einer zukunftsweisenden Abwehrrsicht: Die

Die verschiedenen Codes der Massenmedien (Wort, Bild usw.) müssen vom Rezipienten verstanden und kri-

Die Geschichte einer Gefangenen-Petition bis vor Bundesgericht

Gefangenen-Recht: Ihr dürft – aber ihr könnt nicht

Wie in den meisten Erziehungsheimen sind auch in den Strafanstalten die Verhältnisse unhaltbar bis katastrophal. Das Verheerende daran ist, dass die Betroffenen praktisch überhaupt keine Möglichkeit haben, wirkliche Verbesserungen herbeizuführen. Ähnlich den Fremdarbeitern sind sie faktisch nahezu rechtlos. Der vorliegende Fall ist dem Organ der «Aktion Strafvollzug» entnommen, die 1973 als Alternative zur inaktiven Gefangenen-Gewerkschaft (SGG) gegründet wurde. Sie strebt gesamtschweizerisch eine Reform des Straf- und Massnahmenvollzugs an, namentlich durch politische Vorstösse, Öffentlichkeitsarbeit und Informationsstätigkeit (vgl. «Schwarzpeter»).

Eines Tages hatte der Häftling Louis Gaillard genug: am 26. August 1972 trat er in einen Hungerstreik (er sollte acht Monate dauern), um gegen die unhaltbaren Zustände in den schweizerischen Gefängnissen zu protestieren. In Bochuz und Bellechasse beispielsweise, führte er aus, werden die Häftlinge mit barbarischen Einschüchterungsmethoden behandelt. Der Strafvollzug produziert selbst die Rückfälligkeit, die er angeblich bekämpfen will.

Dieser mutige Schritt, der übermächtigen Repression im Gefängnis individuellen Widerstand entgegenzusetzen, löste eine kollektive Unterstützung durch andere Gefangene aus. Am 20. Oktober 1972 richteten 62 Mitgefängene von Louis einen offenen Brief an die Polizeidirektionen der Kantone Waadt, Genf und Freiburg, in dem sie sich mit ihren Kameraden solidarisierten und seine Forderungen nach besseren Haft- und Arbeitsbedingungen nachdrücklich unterstützten.

«Resozialisierung»

Die aufgeschreckten Behörden reagierten höchst unwirsch auf diese Herausforderung und wiesen sämtliche Anschuldigungen zurück. Es fielen offen faschistische Äusserungen wie diejenigen des Genfer Generalstaatsanwalts Jean Eger:

«Der Protest ist heute Mode, aber man kann doch nicht alle Schuld der Gesellschaft und den anständigen Leuten zuschieben. Im Reich der Pflanzen, Tiere und Menschen hat es immer wieder Einzelwesen gegeben, die unnützlich sind und entfernt werden müssen» (Tages-Anzeiger vom 31. 10. 1972).

Hinter wusste man wenigstens noch, wie man dieses «lebensunwerte Leben» vertilgen konnte. ... Wir wollen dem Genfer Generalstaatsanwalt aber zugute halten, dass er ehrlich ist und offen sagt, was er denkt. Viele Verantwortliche im Strafvollzug denken ganz ähnlich und handeln auch dementsprechend – aber im Gegensatz zu Monsieur Eger führen sie blumige Worte wie etwa «Resozialisierung» im Munde.

Empföhrte über die ausserordentlich unbefriedigende Antwort der kantonalen Behörden auf ihren offenen Brief, richteten am 7. November 1972 150 Gefangene von Bochuz eine Petition an den Bundesrat, in welcher sie nichts weiter forderten als die Respektierung des Artikels 37 des Strafgesetzbuches, nämlich die «Vorbereitung auf den Wiedereintritt in das zivile Leben», das also, was der bürgerliche Staat als angestrebtes Ziel seines Strafvollzugs hinstellt.

Regensdorfer Petition

Am 28. November 1972 richteten 61 Regensdorfer Gefangene eine Petition mit ähnlichem Inhalt an den Bundesrat, um sich mit den Kollegen in Bochuz zu solidarisierten. Am Schluss dieser Petition stehen folgende Sätze:

«Artikel 42 der Hausordnung der Strafanstalt Regensdorf lautet: Mündlicher und schriftlicher Verkehr zwischen den Gefangenen ist untersagt. Es

«Schwarzpeter» für die Strafgefangenen

Dass die Strafgefangenen zu den rechtlosesten Mitbürgern gehören, weiss jeder, der auch nur am Rand einmal mit Insassen von Strafanstalten zu tun hatte. Faktisch werden ihnen meist nicht einmal die elementarsten Menschenrechte gewährt. Die Aktion Strafvollzug und ihr Organ «Schwarzpeter» kämpfen dagegen. «Schwarzpeter» soll Sprachrohr der Gefangenen und Ex-Gefangenen sein. In ihm müssen also die Betroffenen den Ton angeben. Er ist als Mittel gedacht, die Isolation des Gefangenen zu durchbrechen. «Schwarzpeter» ist gleichzeitig eine möglichst breite Öffentlichkeit gerichtet. Er will sie über die Situation in den Gefängnissen informieren und auf die Zusammenhänge zwischen dem Gefängnisleben und dem Leben «draussen» hinweisen.

«Schwarzpeter» kann abonniert werden bei der Aktion Strafvollzug, Postfach 24, 3000 Bern 16. Preis 20 Fr. oder mehr (PC 30-35515). Der Beitrag ist so hoch, weil damit auch die Gratisabonnemente für die Gefangenen bezahlt werden müssen.

herrscht grundsätzlich Schweigegebot. – Wenn wir als Gefangene gemeinsam unsere Unterschriften auf einen Brief an die Regierung unseres Landes setzen, verstossen wir also eindeutig gegen die herrschende Disziplinarordnung und setzen uns Sanktionen aus. Die Reglementierung, die unser Leben im Gefängnis bestimmt, führt sich damit selbst ad absurdum. Dieses Beispiel möge als Illustration für die Anarchismen dienen, die wir in diesem Brief aus grundsätzlicher Sicht angeprangert haben.»

Damit war zum erstenmal der Widerspruch zwischen der Wirklichkeit des Gefangenenlebens (totale Unterdrückung und Rechtslosigkeit) und dem schönfärbischen Geschwätz der Strafvollzugsbehörden («Resozialisierung») angesprochen. Gleichzeitig wurde auf

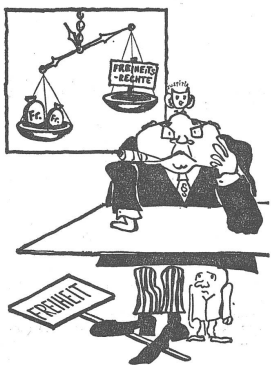


Illustration aus «Schwarzpeter»

diese Weise ein Mechanismus in Gang gesetzt, der mit der Präzision und Zwangsläufigkeit eines Uhrwerks diesen Widerspruch zur vollen Entfaltung brachte. Die Organe der bürgerlichen Justiz bis hin zu ihren Höchstinstanzen im Bundesgericht begannen mit der Entlarvung ihrer eigenen Ideologie.

Den Reigen eröffnete die Zürcher Justizdirektion. Am 13. Dezember 1973 bestrafte sie zwei Initianten der Regensdorfer Petition mit Bunkerarrest, weil diese ohne Erlaubnis mit einer grossen Zahl von Gefangenen verkehrt haben (–), und dadurch, dass sie Kopien der Petition zur Unterschrift zirkulieren liessen, andere Gefangene dazu angestiftet haben, unerlaubterweise mit weiteren Gefangenen Kontakt aufzunehmen.»

Der Gedankenaustausch zwischen Gefangenen ist also bewilligungspflichtig. Im selben Atemzug betonte die Justizdirektion aber, die Petition verstosse ein Anliegen, das sich mit den Zielen decke, die sie selbst anstrebe. Deutlicher kann man sich nicht selbst widersprechen.

Regierung: Für Ruhe und Ordnung

Die Bußtrafen rekurrierten an den Zürcher Regierungsrat und führten aus, freie menschliche Kommunikation sei die erste Grundbedingung für eine wirkliche «Resozialisierung». Das absolute Kontaktverbot der Hausordnung verhindere jede freie Meinungsbildung und mache dadurch die Ausübung des Petitionsrechts unmöglich.

Der Regierungsrat wies den Rekurs ab. Selbstverständlich stehe auch Gefangenen das Petitionsrecht zu und es treffe zu, dass eine Isolierung der Gefangenen vor dem Strafgesetzbuch nicht standzuhalten vermöchte. Doch die Sammlung von Unterschriften für eine Petition sei unzulässig, wenn sie als Mittel bediene, die Isolation des Gefangenen zu durchbrechen. «Resozialisierungsmassnahmen» seien unmöglich, wenn die Anstaltsleitung nicht die Mittel besitze eine unkontrollierbare Beeinflussung eines Gefangenen durch Mitgefängene zu unterbinden.

Deshalb also verbietet man das Reden. Die Justizbehörden sichern sich so das Monopol der ideologischen Propaganda, um die dauernde Gehirnwäsche im Gefängnis sicherzustellen. Das nennen sie dann «Resozialisierungsmassnahmen».

Die Rekurrenten reichten darauf staatsrechtliche Beschwerde beim Bundesgericht ein. Sie beantragten, das Kontaktverbot sei als verfassungswidrig aufzuheben, da Kommunikation ein elementares menschliches Grundbedürfnis sei – auch für Gefangene. Im übrigen sei die Petition ein Mittel der demokratischen Meinungs- und Willensbildung. Unerlässliche Voraussetzung hierzu ist der freie Gedankenaustausch, also die Meinungsäusserungsfreiheit. Was bleibt von dieser Freiheit übrig, wenn eine Anstaltsleitung darüber befinden kann, ob ein Schriftstück unter

«Solange der Name der Freiheit respektiert und nur die wirkliche Ausführung derselben verhindert wird, auf gesetzliche Weise versteht sich, so lange bleibt das konstitutionelle Dasein dieser Freiheit unversehrt, mag ihr gewöhnliches Dasein noch so sehr totgeschlagen sein.» (Karl Marx)

den gefangenen Bürgern zirkulieren darf oder nicht?

Das Kontaktverbot zerstört die Meinungsäusserungsfreiheit in ihrer inneren Substanz und verhindert dadurch automatisch die Ausübung des Petitionsrechtes. Die Frage ist also: Haben Gefangene ein Petitionsrecht oder nicht?

Bundesgericht: «Laut Auskunft nicht rigoros»

Am 13. Februar 1974 beriet das Bundesgericht über diese Affäre. Es wies

Die alte Rechte – endlich entlarvt

Von Roger Anderegg

Ob gegen übergesetzte Mietzinse oder den Abbruch von Wohnhäusern protestiert wird, ob Arbeiter Mitbestimmung fordern oder der Wehrwille nicht mehr das ist, was er früher war – allenthalben ist die Neue Linke am Werk. So wenigstens wollen es zahlreiche Politiker, Verwaltungsratspräsidenten, Erstausgredner und ihre Sprachrohre wissen. Doch, so fragt sich der gewitzte Zeitgenosse, wer profitiert am meisten von der Parforcejagd auf die Neue Linke?

Das rührige Schweizerische Ost-Institut, immer in vorderster Front, wo es gilt, politische Aufklärungsarbeit zu leisten, versteckte Interessen und heimliche Meinungsmanipulationen aufzudecken, gibt uns nun eine Broschüre in

Pillenliste

«konzept» gibt gratis eine Liste von Ärzten ab, die die Verordnung von Empfängnisverhütungspillen – auch an unverheiratete Frauen oder Mädchen liberal handhaben. «konzept» kann ihnen auch in noch aussichtsloseren Fällen einen Tip geben. Schriftliche Anfragen an: Redaktion «konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich. Frankiertes und adressiertes Antwortcouvert bitte nicht vergessen.

die Hand, die schlagartig aufzeigte, wenn die Hetzjagd auf die Neue Linke nützt und wer sie deshalb auch nach Kräften fördert: die Alte Rechte.

Die begrüssenswerte Dokumentation, die in den interessierten Kreisen einige Aufsehen erregen dürfte und weiteste Verbreitung verdient, trägt den Titel «Ziele und Methoden der Alten Rechten – !merkungen und Dokumenten und –!» als SOI-Sonderdruck 2 im Schweizerischen Ost-Institut, Bern, erschienen, wo sie auch jederzeit bestellt werden kann. Der früher erschienene SOI-Sonderdruck 1 befasste sich mit «Zielen und Methoden der Neuen Linken» und fand so viel Anklang, dass er inzwischen längst vergriffen ist. Der nun vorliegenden Broschüre über die Alte Rechte ist ein ähnlich grosser Erfolg zu wünschen.

Die Herausgeber der aktuellen Dokumentation haben üblicherweise darauf verzichtet, die Organisationen der

die Beschwerde ab und schloss sich vollumfänglich den Argumenten der Vorinstanz an. Ob das Kontaktverbot an sich verfassungswidrig sei, habe es nicht zu prüfen, da es laut Auskunft der Zürcher Justizbehörden nicht mehr so rigoros gehandhabt werde. (Die Zürcher Justizbehörden waren in diesem Streit aber Partei; es ist bemerkenswert, dass das Bundesgericht die Behauptung einer Partei einfach als feststehende Tatsache akzeptiert und sich nicht einmal die Mühe macht, wenigstens den Schein der Unparteilichkeit zu wahren!)

Im vorliegenden Fall müsste also lediglich geprüft werden, ob die Anwendung dieses Kontaktverbots in verfassungswidriger Weise erfolgt sei. Da die Unterschriftensammlung heimlich durchgeführt worden sei, sei dies nicht der Fall und die Bestrafung sei zu Recht erfolgt. Das Kontaktverbot sei damit durchaus gerechtfertigt.

Aber: Ganz unbestreitbar steht auch den Gefangenen das Petitionsrecht zu. Nur dürfen sie dabei nicht ordnungswidrig vorgehen. Selbstverständlich dürfe der Inhalt einer Petition bei der Bestrafung nicht beurteilt werden. Die Hüter über die Verfassung stellten schliesslich feierlich fest, dass die Petitionäre für das Einreichen der Petition, gewissermassen für die Tatsache des Petitionierens, nicht bestraft werden dürften. Das sei nämlich ihr unbestreitbares Recht. Nur eben der Verstoß gegen gültige Hausordnungen... Und da die Beschwerdeführer sicher ein Interesse daran hätten, dass die Gültigkeit des Petitionsrechtes auch für Strafgefangene ausdrücklich vom Bundesgericht bestätigt werde, seien ihnen die Kosten des Verfahrens zu erlassen.

Die hohen Richter waren also offensichtlich sehr zufrieden mit sich selbst, so zufrieden, dass sie sogar Prämien verteilten. Und zwar mit Recht: es war ihnen wieder einmal gelungen, den Grundwiderspruch der bürgerlichen Demokratie auf bürgerliche Weise zu lösen, nämlich die Form einer demokratischen Freiheit herauszuziehen (zu Propagandazwecken) und gleichzeitig ihren Inhalt zu vernichten.

Aktion Strafvollzug

Verlag der Fachvereine an der ETH-Z
Universitätsstrasse 19
8006 Zürich 01/47 99 85

**DER VERLAG
VERTREIBT ca. 80
PUBLIKATIONEN**

Die Vertriebsstellen für Studenten und Hochschulangehörige:

SAB, Clausiusstrasse 3, 8006 Zürich
Tel. (01) 47 37 20

PUBILA, ETH-Hauptgebäude E 26.1,
Tel. (01) 32 02 11 / 32 41

Vertriebsstellen für Nichthochschulangehörige: jede Buchhandlung.

Kommentar eines Betroffenen

Gummi in ihren Händen

Für uns Gefangene war die Geschichte der Petitionäre eine eindrucksvolle Schulung, die uns ein gutes Stück weiter gebracht hat. Wir haben uns zwar nie der Illusion hingegeben, man würde uns im Knast demokratische Rechte einräumen. Aber wir konnten das hohle Geschwätz von sogenannten «Resozialisierungsmassnahmen» entlarven und konkret aufzeigen, was diese Bemühungen in Wirklichkeit sind: nackte Unterdrückung.

Gleichzeitig wurden Ansätze zu Formen des Widerstandes entwickelt, die sicher noch von einiger Bedeutung sein werden.

Aber nicht nur für uns Gefangene ist diese Geschichte lehrreich. Jeder aufrechte Demokrat und erst recht jeder Sozialist sollte sich einige Gedanken darüber machen.

Erschreckend ist nicht die Tatsache, dass das Bundesgericht die Beschwerde abgewiesen hat. Das ist höchst normal. Erschreckend ist vielmehr die Tatsache, wie diese bürgerlichen Advokaten mit «Beweisen» vorgehen, dass ein Freiheitsrecht – wie beispielsweise die Petitionsfreiheit – auch im Gefängnis bestehe. Mit der gleichen Methode könnten sie eines Tages nachweisen, dass die demokratischen Freiheitsrechte auch in einer faschistischen Diktatur bestehen!

Das Gefängnis ist eine Institution der totalen Unterdrückung. Sein Prinzip ist strenge Hierarchie, absolute Ueber- und Unterordnung, Diktator und Willkür, offene oder versteckte Gewalt und Brutalität. Gefangen sein ist ein Zustand der Rechtslosigkeit. Im Gefängnis kann es deshalb keine demokratischen Freiheitsrechte geben: keine Meinungsfreiheit, keine Versammlungsfreiheit, keine Pressefreiheit, keine Petitionsfreiheit und so weiter.

Diese Erfahrung gilt nicht nur für das Gefängnis. Auch die Freiheit der Bürger «draussen» hört dann auf, wenn sich die Mächtigen bedroht fühlen. Dann lassen sie ihr System spüren. Die Gesetze werden unter ihren Händen zu Gummi. So wie es in diesem Fall geschehen ist.

Niklaus Graf
Ein ehemaliger Gefangener



Nachdem die Arbeitsgruppe Kritische Publizistik in ihrer Tagesschau-Analyse Methoden der empirischen Sozialforschung verwendet hat, findet man sich auch andernorts damit ab. So trifft sich Nationalrat Hofers Aktion für Freiheit des Fernsehens (AFF) allabendlich, mit Stoppuhr bewaffnet, zur zeitlichen Ausmessung der Tagesschau. Neueste Untersuchungsergebnisse: In einem 1 Minute und 33 Sekunden dauernden Bericht der Hauptausgabe über die Chienedemonstration in Bern wurde 24 Sekunden dazu verwendet, mit aufgebendtem Ton einen Sprecherchor «Junta – Mörder, Bundesrat – Komplizen!» wiederzugeben. Mit «verschämtem Text» sei auch in der Spätausgabe über die Demonstration berichtet worden. Die Schweizerische Fernseh- und Radio-Vereinigung – SFRV, wie Hofers Klub wirklich heisst, empfindet solche Berichterstattung als eine Provokation der Öffentlichkeit und der Landesregierung. «Der Vorfall beweist, dass auch heute offensichtlich noch keine wirksame interne Kontrolle der Tagesschau-Informationen existiert», hält die SFRV fest, wohl mit neidischem Blick nach Chile, wo solcherlei demokratischen Institutionen endlich wieder zum Durchbruch verholfen worden ist.

Infolge einer Anhäufung von ungünstigen Faktoren mussten wir leider den angekündigten zweiten Teil der Serie über

Einkaufszentren

auf die Mai-Nummer verschieben. (Sie erscheint am 20. Mai.) Wir bitten unsere Leser um Verständnis.

ECHO

In dieser Spalte veröffentlicht «konzept» Zuschriften von Lesern. Die Redaktion freut sich besonders auf kurze Stellungnahmen, die möglichst viele Einsender berücksichtigt werden sollen. Sie behält sich das Recht auf Auswahl und Kürzungen vor. Veröffentlichte Briefe geben nur die Auffassung ihres Verfassers wieder. Redaktionsadresse: Rämistrasse 66, 8001 Zürich, Schweiz.

Gekürzte Stimmen zur Abonnementserneuerung

Ich möchte hiermit Ihre Zeitung abbestellen und danke Ihnen für Ihre geleisteten Dienste.

Peter Wartmann, Fribourg

Ich möchte Sie nun aber doch bitten, mich vor weiteren Zusendungen Ihres pubertären und linkslastigen Blättleins zu verschonen.

E. H., Windisch

Obwohl ich mich nur positiv über Ihre Zeitung äussern kann, möchte ich mein Abonnement abbestellen. Ich finde einfach nicht genügend Zeit, die Artikel sorgfältig zu lesen. Bei monatlichem Erscheinen kann ich mir die Zeit für die Lektüre noch weniger nehmen.

Christine Stocker, Zürich

Aus komplizierten wohnrechtlichen Gründen bestelle ich Dich im Abonnement ab, werde Dich aber einfach zu den gegebenen Zeiten am Kiosk kaufen, damit die Kontinuität Deiner Information gewahrt bleibt.

Markus Bünzli, Freiburg

Da ich im Mai für ein Jahr auf Reisen gehe, bitte ich Sie, mich als Abonnent zu streichen. Sonst aber gefällt mir «konzept» gut, und ich werde es sicher nach meiner Rückkehr wieder neu abonnieren.

Niklaus Gjeller, Wichtrach

Hohe Qualität

Da ich im Herbst an die ETH Zürich übergetreten bin, erachte ich meine finanziellen Verpflichtungen gegenüber Ihrer Zeitung als erfüllt. Ich möchte daher mein Abonnement abbestellen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich allen Beteiligten zu der hohen Qualität der Berichte und Analysen meine Anerkennung aussprechen. Im Gegensatz zu den zwei rechtsstehenden, vermutlich weitgehend von der Industrie finanzierten «Studentenzeitungen», deren einziger Zweck offensichtlich darin besteht, die fortschrittlichen Bewegungen allgemein und in der Hochschulpolitik im besonderen zu verunglimpfen, und die sich sogar offen hinter faschistische Militärdiktaturen stellen (und die übrigens von den meisten Studenten nie gelesen werden), bringen «Zürcher student» und «konzept» fundierte Analy-

sen sowohl zur Hochschulpolitik als auch zur gesellschaftlichen Lage im allgemeinen.

Ich werde nun als Student weiterhin die Artikel im «Zürcher student» regelmässig und mit grossem Interesse lesen.

Robert Brandenberger, Mündendorf

Überall ausverkauft

Ich habe in der Basler «National-Zeitung» vom 21. 3. 74 einen Auszug des in der Märznummer von «konzept» erschienenen Artikels «25 Thesen zum Fall Soltschenitzky» von Konrad Farner gelesen und möchte gerne den ganzen Artikel lesen. Vergessens habe ich versucht, diese Märznummer hier zu finden, und habe endlich vom Sekretariat der Berner Studentenschaft Ihre Adresse erhalten. Ich bin alt, gegenwärtig auch krank und kann daher nicht viel herumlaufen, um die Zeitung zu finden; überall, wo ich fragte, war sie ausverkauft. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir diese Nummer zusenden würden.

Dr. phil. Francine Bradley-Brüstlein, Bern

Privatauto

Weiterfahren – einschränken – abschaffen.

Immer wieder steht's in der Zeitung: Wider die Verteufelung des Autos. Während die gleichen Zeitungen jeden Mörder verteufeln, wenden sie sich gegen die Verteufelung eines Instruments, das allein in der BRD 20 000 Menschen pro Jahr unter die Erde bringt. Das ist nackte Heuchelei. Individueller Selbstmord und Mord werden verurteilt, den massenhaften Selbstmord und Mord nimmt man gelassen hin. Auf Deutschlands Strassen herrscht Krieg in der Gröszenordnung eines Vietnam. Die Entlaubungs- und andere Umweltmordmittel kommen direkt aus dem Auspuff – anstatt aus den Flugzeugen. Die Strassen und Parkplätze radieren riesige Grünflächen aus und verwandeln sie in eine Asphaltwüste – eine Wüste ähnlich der, die durch den amerikanischen

Bombenteppich über Vietnam entstanden ist. Ich habe noch das Wort Chés im Ohr: Ein, zwei, viele Vietnams schaffen. Die gibt's längstens, aber anders, als sich's Ché erträumte. Der Guerrillakrieg auf unseren Strassen, bei dem nur das Autoindustrialkapital gewinnt, hat schon begonnen. Frieden auf den Strassen bedeutet Verbannung der Autos aus den Städten und ihre Ersetzung durch komfortable Massenverkehrsmittel. Und auch ausserhalb der Städte soll man nur Auto fahren dürfen, wenn man eine waffenscheinähnliche Lizenz besitzt und deren strenge Kriterien erfüllt hat.

Hans-Peter Oswald

Naivität als Landesgefahr

Das «Chile-Gewinsel» unserer naiven Herren Pastoren, der Ostpropagandazentrale «Amnesty International» und unserer «tafernen» Jugend, die lieber in Mao- und Chilefarnstümpfen macht, als für Israel auch nur ein Wörtlein der Sympathie zu finden, hängt einem langsam zum Halse heraus. Ein Grund mehr, gegen die Herabsetzung des Wahlalters zu stimmen! Im Deutschen Fernsehen vernahmen wir kürzlich, dass vom Bundessicherheitsdienst unter den «Chile-Flüchtlingsen» 77 schwer kriminelle Terroristen (Flugzeugentführer, Geiselmörder usw.), meist nichtchilenischer Nationalität, verhaftet werden mussten. Aber Pfarrer Vogelsanger vom Zürcher Fraumünster fühlt sich bemüssigt, den Bund, der auch für die Chile-Flüchtlinge mit Fug und Recht die Visumkontrolle verlangt, der «Verletzung der schweizerischen Asylpolitik» zu zeihen. Auch Naivität kann zur Landesgefahr werden!

Dr. med. H. M. Sutermeister, Basel

konzept
Tip

In dieser Spalte veröffentlicht die Redaktion von «konzept» Hinweise auf lesenswerte Publikationen ausserhalb der kommerziellen Produktion, die ihr zugesandt werden.

«Alternative – die andere Urner Zeitung»

Zweimonatlich versucht ein junges Redaktionskollektiv, die Monopolstellung der bürgerlichen Presse im Kan-

Alte Jahrgänge

Infolge grösserer Nachfrage haben wir uns entschlossen, die ersten «konzept»-Jahrgänge gesamthaft abzugeben.

1. Jahrgang: Mai 72 – Februar 73 (8 Nummern) Fr. 6.–
2. Jahrgang: April 73 – Dezember 73 (7 Nummern) Fr. 6.–

Bestellung: Entweder Betrag auf Postcheck 80-37 626, konzept, Zürich, einzahlen und hinten auf dem Abschnitt die genaue Adresse und den gewünschten Jahrgang vermerken, oder Betrag in Briefmarken der Bestellung beilegen (bevorzugt sind Marken zu 15, 25, 30, 40, 80 und 150 Rappen).

Wir werden in der nächsten Nummer eine Liste der wichtigsten Artikel publizieren.

ton Uri zu durchbrechen. In «Alternative – der anderen Urner Zeitung» werden vorwiegend Themen bearbeitet, die urnerisch oder für den Kanton Uri von Bedeutung sind. So geht zum Beispiel die Nummer 5 auf 17 Seiten mit viel Sorgfalt und Zahlenmaterial auf die Problematik des Gotthardbasistunnels für den Kanton ein. Die «Alternative» will mit ihrer Informationsarbeit auch einen Beitrag zur Sammlung der kritischen Kräfte im Urnerland leisten.

Militär im Oberwallis

Das «Kritische Oberwallis», eine linke Oppositionsgruppe, in der auch einige in Zürich studierende Walliser mitarbeiten, hat in der zweiten Nummer ihrer Zeitschrift «Die rote Anneliese» auf 16 Seiten Informationen über die Einnistung des Militärs im Oberwallis zusammengetragen. Anhand konkreter Fallstudien wird aufgezeigt, mit welcher skandalösen Methoden das EMD zu Schliess- und Flugplätzen kommt, wie dabei die Interessen der einheimischen Bevölkerung missachtet werden. «Die rote Anneliese» ist überdies ein gutes Beispiel für linke Politik in den Regionen (die erste Nummer befasste sich mit der Fusion Alusuisse-Lonza).

Preis 1 Franken, Kritisches Oberwallis, Postfach 41, 3904 Naters, PC 19-10249.

Schallplatten aus China

Schallplatten, aber auch Bücher, Zeitschriften, Scherenschnitte, Tuschzeichnungen und Handdrucke aus der Volks-

republik China und der Demokratischen Republik Vietnam («Nordvietnam») vertreibt seit über zehn Jahren die Vereinigung «Peuple et Culture», 1, rue Schaub, 1202 Genève-Servette.

Arbeiterkämpfe in der Schweiz 1945–1973, Die Entstehung einer multinationalen Arbeiterklasse

Die 90seitige Broschüre ist der bisher umfassendste Versuch, die Erfahrungen der Nachkriegs-Arbeiterkämpfe in der Schweiz vom Arbeiterstandpunkt aus aufzuarbeiten und damit für die aktuellen Auseinandersetzungen verwertbar zu machen. Das Autorenkollektiv, bestehend aus Leuten der Gruppe «Klassenkampf» und Zürcher Soziologiestudenten, nimmt einen pointierten antireformistischen und antireformistischen Standpunkt ein und propagiert die «Arbeiterautonomie». Die Broschüre samt dem Nachwort über «die Suche nach theoretischen Waffen» ist Pflichtlektüre für alle Linken. Die spanischen, italienischen und französischen Übersetzungen folgen demnächst.

4.50 Fr., im linken Buchhandel, über buch 2000 oder direkt bei Eco-Libro, Engelstr. 62, 8004 Zürich, (01) 39 12 67

Welcher Student erteilt

Englischunterricht

ca. 8 bis 10 Stunden pro Monat.
Raum Zürich bis Thalwil.
Tel. (01) 720 64 17



erfreuen sich beim SSR grösster Beliebtheit. Sei es in ruhender Form bei Yogi Jyogtirmayananda in der **Yogawoche in Schuls** (Fr. 340.– alles inbegriffen) oder im Kampf mit wilden Naturgezeiten beim **Ueberlebenscamp** in Jokkmok/Lappland (ca. 3 Wochen Fr. 1180.– ab Ort). Jedermann, ob jung (von 16 Jahren) oder etwas älter (bis 35 Jahre) kann an diesen ergötzlichen Gruppenreisen teilnehmen. Gruppenreisen schliessen individuelle Bedürfnisse nicht aus, wie unsere Trempreisen beweisen. Zum Beispiel **Nordthailand-Laos**: Für Fr. 2530.– bildet man sich in einem öffentlichen Linienbus eine bessere Meinung über ein Land als in einem Air-Conditioned-Pullmann-Car. Dem verwegenen Reiter ist die **Reit-Camp-Tour in Ostanatolien** gewidmet. Durch Gebirg und Tal wird für Fr. 1210.– bis Fr. 1375.– drei Wochen lang geflogen, Bus gefahren und geritten. Die

Bewegungen mit Gruppen

und breite Hosenstösse verboten sind, dürfte einem dieses isolierte Land vielleicht gerade deshalb einige interessante Perspektiven eröffnen. Weitere 75 Anleitungen für Bewegungen mit Gruppen sind dem neuen Sommer-/Herbstprogramm zu entnehmen.



SSR

Schweizerischer Studentenreisedienst

Basel, Bern, Genève, Lyon, Lausanne, Neuchâtel, St. Gallen, Zürich

Sanftmut der Pferde garantiert viel Kontakt mit der Bevölkerung. In ebenfalls wenig besuchte Gegenden führt die **Balkanrundreise** vom 5. 7. bis 22. 7. für Fr. 1385.– Sechs Tage davon sind Albanien gewidmet. Obwohl lange Haare

Der lange Weg des griechischen Widerstandes

Die Diktatur der «Generäle»

Am 21. April feierte die Junta den «Tag der Revolution», den 7. Jahrestag ihrer Machtergreifung. Für das griechische Volk bedeutet dieser Tag Repression mit einer Härte, wie sie das Dritte Reich kannte. Mehr und mehr werden nicht bloss Oppositionelle der Linken, sondern auch zum Teil bekannte Demokraten (z. B. Georgios Mavros) brutal verhaftet und auf den KZ-Inseln unter schändlichsten Bedingungen gefangen gehalten. Darüber hinaus scheint sich an der Führungs-

spitze ein Machtkampf entwickelt zu haben, in welchem der «starke Mann» Ioannidis die gesamte griechische Armee unter seine Herrschaft zu bringen versucht. Unser Artikel, den wir dem «Informationsbulletin des Schweizerischen Komitees für Demokratie in Griechenland» entnommen haben, will die Bedeutung der jüngsten Kämpfe im November 1973 auf dem Hintergrund der Geschichte seit dem 2. Weltkrieg aufzeigen.

Um die politische Bedeutung der jüngsten Ereignisse zu erfassen, ist es unerlässlich, kurz die neuere Geschichte des Kampfes des griechischen Volkes zu verfolgen; des Kampfes gegen die ausländische Herrschaft, oder gegen die Herrschaft der griechischen Oligarchie, die seit Jahrzehnten unmittelbar von den imperialistischen Mächten unterstützt wird. Diese sind in der Tat besorgt, ihre durch die Strategie bestimmte militärische Stellung im Mittelmeer zu wahren.

Widerstand unter deutschen und italienischen Truppen

Erinnern wir zunächst an den ausserordentlichen Widerstand des griechischen Volkes während der Besetzung des Landes durch deutsche und italienische Truppen im Zweiten Weltkrieg. Trotz einer entsetzlichen Unterdrückung verlieren die nationalsozialistischen und faschistischen Truppen sehr schnell die Kontrolle über die ländlichen Gegenden, während die Städte mehr und mehr durch Streiks und riesige Massenkundgebungen erschüttert werden. Vor allem ist aber zu betonen, dass sich dieser Widerstand nicht nur gegen die Deutschen richtete. Sehr rasch strebt er immer mehr danach, in den befreiten Gebieten eine Herrschaft des Volkes zu errichten, um nach dem Abzug des Besetzers ein Wiederaufleben der Diktatur zu verhindern, wie sie die Griechen vor dem Krieg unter Metaxas gekannt hatten.

Nach dem Ende der deutschen Besetzung organisiert man aber das griechische Grossbürgertum mit der kräftigen Unterstützung der Engländer die Liquidation dieser Errungenschaft des Widerstandes. Alle Mittel sind recht dazu, selbst der systematische Einsatz faschistischer Rotten, die zuvor mit den Deutschen kollaboriert hatten. 1945 wird die Befreiungsarmee entworfen, während der Terror der extremen Rechten offen zuschlägt, was den Engländern erlaubt, eine bürgerlich-republikanische Regierung einzusetzen. Dies ist der Beginn des Bürgerkriegs, der von der Kommunistischen Partei geführt wird, die sich ins Gebirge zurückzieht und den zweiten Bürgerkrieg auslöst. Zu dieser Zeit ersetzen die Amerikaner die Engländer, welche erklären, die Situation nicht mehr meistern zu können.

Die Massnahmen der neuen Herren gegen die Volkstruppen sind von einer schrecklichen Wirksamkeit und machen die von den sozialistischen Ländern gewährte Hilfe bei weitem wertlos, die wohl Material senden, aber deren Haupt Sorge der Respektierung der Abkommen von 1944 zwischen Churchill und Stalin gilt, welche die britische Einfluss-sphäre über Griechenland festhalten.

1949 ist die «Demokratische Armee» endgültig geschlagen; die Vorkämpfer des zweiten Widerstandes werden systematisch verfolgt und getötet; Tausende von Kommunisten fliehen in die benachbarten sozialistischen Länder. Wie unter der Diktatur Metaxas werden die Linksparteien verboten. Die Gewerkschaften stehen erneut unter der direkten Kontrolle der Sicherheitspolizei.

Die Vernichtung der Volkskräfte

Von 1952 an errichten die Amerikaner eine Regierung der extremen Rechten, geleitet von General Papagos, der 1955 durch Karamanlis ersetzt wird. Griechenland wird Mitglied der Nato und nimmt 1950-52 am Koreakrieg teil. Die politische Opposition ist unterdrückt und wird zu einem beträchtlichen Teil eingekerkert. Die Löhne sind eingefroren, und die wirtschaftliche Entwicklung beruht beinahe ausschliesslich auf ausländischen Kapitalanlagen, welche von der Regierung durch unglaubliche Steuerentlastungen gefördert werden. Gleichzeitig sind zahlreiche griechische Arbeiter, um Arbeit zu finden, zur Emigration gezwungen. Aber Karamanlis beherrscht die politische Situation nicht vollständig. Unter seiner Regierung entwickelt sich die von den Amerikanern und dem königlichen Palast geleitete Armee zu einer echten parallelen Macht.

Während gegen Ende des Jahres 1952 das Regime Karamanlis immer korrupter wird, formiert sich trotz zunehmenden repressiven Massnahmen die Opposition des gemässigten Bürgertums und der Arbeiterschaft hauptsächlich in der EDA, der Vereinigten Demokratischen Linken.

1961 ist es Karamanlis nur noch durch Abstimmungsmanipulation möglich, an der Macht zu bleiben. 1963

wird Lambrakis von einer rechtsextremistischen Gruppe unter bereits fast unverschiebter Mitwirkung der Polizei ermordet. Dieser Mord löst eine tiefe politische Krise aus. Die allgemeine Unzufriedenheit drückt sich in immer radikaleren Forderungen aus. Zu diesem Zeitpunkt gelangt Georg Papandreu an die Macht mit dem Ziel, eine parlamentarische Regierung auf europäische Art zu errichten. Er erfüllt eine Reihe von Forderungen: Pressefreiheit, elementare politische Freiheit, Autonomie der gewerkschaftlichen Aktivität, unentgeltlicher Schulunterricht und Erleichterung des Hochschulbesuchs für die Volksschichten, vermehrte Kontrolle der bisherigen Verträge mit ausländischen Gesellschaften.

Jedoch nimmt Papandreu wieder Einfluss auf die Armee noch auf den Staat, noch auf die Polizei, die weiterhin von der extremen Rechten gelenkt wird, der CIA und der königlichen Polizei. Die parallele Macht bleibt unverändert.

Das Volk begnügt sich nicht mit Liberalismus und sozialem Fortschritt; seine Sympathien gelten immer mehr den Kräften der Linken und der extremen Linken. Im Juli 1965 versucht der König diese Dynamik zu brechen, indem er Georg Papandreu zur Demission zwingt. Sein Ziel ist, eine parlamentarische Fassade zu erhalten, jedoch eine repressive Regierung der Rechten einzusetzen, die vollständig unter dem Einfluss amerikanischer Interessen stehen würde. Das Volk hat nun aber nicht die Absicht, dies noch ein weiteres Mal mitzumachen. Es antwortet diesem Kraftakt mit dem Kampf auf allen Fronten. Aber keine der grossen linken Kräfte nutzt die Situation in der Unterstützung und Mobilisation der Masse sieht die Linke als ihr Hauptziel eine Intensivierung ihrer Verbindung mit der diktatorischen Rechten.

Der Staatsstreich vom 21. April 1967

Am 26. Mai 1967 sollten die Wahlen stattfinden, und es war kein Zweifel möglich, dass sie zu einem Sieg der Zentrumsunion mit einer Bekräftigung der Tendenzen von Papandreu und einem grösseren Einfluss der EDA führen würden. Einen Monat zuvor, am 21. April, übernehmen einige Obersten gewaltsam die Macht, in Anwendung des von den Truppen der Nato vorgesehenen Planes «Prometheus». Anführer ist Papadopoulos, alter Praktiker der griechischen CIA und des Büros für psychologische Kriegsführung des Generalstabs, beinahe unverschiebter Unterstützer von der CIA und der amerikanischen Botschaft.

Während der ersten Tage werden 11 000 Personen verhaftet. Die griechischen Obersten erfinden die Praxis, die heute von ihren grossen Brüdern in Chile wiederaufgenommen wird: Sie verwandeln die Fussballstadien in Orte zur Masseninhäufung. Die Presse wird vollständig zensuriert. Die beruflichen und politischen Organisationen sowohl der Linken wie der Rechten werden kaltgestellt. Die Gewerkschaften sind von neuem der strikten Kontrolle der Geheimpolizei unterworfen. Kommunisten und der Verbindung zu Kommunisten verdächtige Personen sowie Teilnehmer des Widerstandes und des Bürgerkrieges von 1947 sind der Repression ausgeliefert. Die Bevölkerung ist durch dauernde und völlig willkürliche Verhaftungen terrorisiert. Das Kriegsrecht verbietet jede Versammlung von mehr als fünf Personen. Der Streik ist ungesetzlich, das Einfrieren der Löhne wieder eingeführt. Das Schulwesen wird zu seinem reaktionären Zustand der Zeit vor Papandreu zurückgeführt. Die Forderung wird institutionalisiert, sie ist ein politisches Instrument geworden, den Willen der Regierung durchzusetzen.

Die Unterdrückung ist grausam

Sie trifft in fünf Jahren, von 1967 bis 1972, 80 500 Personen: 10 000 Gegner der Junta sind deportiert, zur Hauptsache auf die traurig-berühmten Inseln Yoros, Leros und Cythra, wo sie grauenerregenden Haftbedingungen zu leben haben. 3850 Personen sind von Militärgerichten verurteilt, 2500 zu Gefängnisstrafen verurteilt, 1200 gefoltert, 50 während des Staatsstreichs getötet. Einmal freigelassen, stösst die Mehrheit der ehemaligen Gefangenen auf sehr grosse materielle Schwierigkeiten. So auch jeder andere, der auf irgendeine Weise seine Opposition zum Regime verlauten lässt. Beispielsweise wird es

unmöglich, seinen Lebensunterhalt zu verdienen, da man keine Arbeit mehr findet.

Dies nennt die Junta «Griechenland aus dem Chaos retten», «Gesundung des öffentlichen Lebens». In Wirklichkeit versuchen die Obersten vor allem anstelle der ohnmächtigen politischen Apparate Armee und Polizei zu Hauptstützen des Staates auszubilden.

Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage...

Die Junta setzt vor allem auf den Einsatz ausländischen Kapitals. Sie macht wieder von Steuerentlastungen Gebrauch und erreicht insbesondere, das Kapital reicher Griechen anzuziehen, die sich in den Vereinigten Staaten, in Südafrika und in den ehemaligen britischen Kolonien niedergelassen haben. Mit derselben Absicht bewegt sie auch die griechischen Waffenfabrikanzen zu Investitionen in ihrem Heimatland. Zur Hauptsache bilden Tourismus und Bodenspekulation die treibende Kraft des Wirtschaftslebens. Die Zahlungsbilanz kann nur durch massive Abwanderung nach Westeuropa und in die Handelsmarine aufrechterhalten werden.

In Wirklichkeit aber lässt sich unter der Diktatur eine Senkung des Pro-Kopf-Einkommens beobachten. Die Gewinne steigen innerhalb von sieben Jahren um 15%, mit spektakulären Gewinnsteigerungen insbesondere im Bankwesen. Für die Verteidigungsausgaben ist zwischen 1967 und 1970 eine Steigerung von über 100% festzustellen. Die Ausgaben des Verteidigungsministeriums sind von 7 Milliarden auf 13,6 Milliarden angestiegen, was einer Erhöhung um 93,2% entspricht. Dagegen sind die Ausgaben für das öffentliche Schulwesen praktisch unverändert geblieben.

Während derselben Zeit bewegt sich die Erhöhung der Steuern in der Größenordnung von 100%, und die Inflation wütet in einem stets beschleunigten Rhythmus. Einzig die Kaste der Offiziere, der Grossindustriellen und der Spekulanten aller Art haben von wesentlichen Erleichterungen profitiert. 1967 rühmten sich die Obersten, die Gunst der Landbevölkerung zu gewinnen, indem sie einen allgemeinen Erlass ihrer Schulden bekanntgaben. Aber heute ist die Situation der Bauern die selbe oder sogar schlechtere als vor sieben Jahren.

Wer ist Generalmajor Ioannidis?



Generalmajor Ioannidis 1973

Der «starke Mann» der Regierung, der Papadopoulos beseitigt hat und gegenwärtig der grosse Schreckensherrscher in Griechenland ist, übte den Beruf seit dreissig Jahren aus. Nach dem Abgang von der Militärakademie im Jahre 1943 befehligte er eine Kompanie im Bürgerkrieg gegen die Kommunisten. Zur Belohnung wurde ihm die Bewachung des verrufenen Lagers von Makronissos anvertraut. Von diesem Zeitpunkt an nimmt Ioannidis an allen Bestrebungen teil, die darauf abzielen, eine Militärdiktatur zu errichten. Nach dem Putsch von 1967 zum Chef der Militärschule ernannt, wird er zu einer der Hauptstützen des Regimes. Von der

Menschenrechtskommission des Europarats vor der Weltöffentlichkeit als der Hauptverantwortliche für die systematischen Folterungen bezeichnet, denen die Gegner des Regimes unterzogen werden, erklärte General Ioannidis dem Obersten der Luftwaffe, Anastasios Minis, der 111 Tage lang «verhört» wurde: «Wissen Sie, weshalb wir so lange die Macht zu halten vermögen? Weil wir das menschliche Element an die zweite, um nicht zu sagen dritte Stelle setzen. Wenn wir den Menschen an die erste Stelle gesetzt hätten, so wären wir schon lange hinweggefeigt worden.»

Als Nationalist, Antikommunist und Gegner des Establishments verlangte Ioannidis schon seit Jahren von Papadopoulos, die Monarchie zu beseitigen und sein eigenes Lager zu säubern. Jede Beförderung verweigerte, die ihn von seinem Posten entfernte hätte, unbestechlich und Feind jeder Ausserlichkeit, ist er «hart» gegenüber sich selbst und fordert vom Regime des 21. April dasselbe.

Im September 1973 half er Papadopoulos, die Regierung von den ehemaligen Mitgliedern des Revolutionsrates zu säubern. Aber als Papadopoulos, mit demselben Ziel, «die Revolution zu vollenden», nunmehr ihn selbst versetzen wollte, weigerte sich Ioannidis. Aus dem Massaker der Studenten vom November Nutztziehend, führte er seine eigene Verschwörung zu Ende. Papadopoulos war überrascht und vermochte den Putsch der Militärschule nicht abzuwehren, die ihn durch den Kommandanten der 1. Armee, den Generalleutnant Phedon Ghizikis, ersetzte, der dem allmächtigen Herrscher der Militärschule unterstellt ist. In der Ansicht, Papadopoulos habe sich zu schwach gezeigt, und die Annäherung der politischen Häftlinge verteilend, führt Ioannidis erneut die Gefängnisse und eröffnet wieder die Konzentrationslager, die 1968 unter dem Druck der Meinung der Weltöffentlichkeit und durch die Interventionen des internationalen Komitees des Roten Kreuzes schliesslich geschlossen worden waren.

... bis zur Niederlage

All das hat die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) nicht gehindert, regelmässige Berichte und Gutachten zu veröffentlichen, die der Wirtschaftsführer der Athener Regierung gewogen waren. Einzelne bedeutende Namen des Wirtschaftsjournalismus von Paris und anderen Orten haben sich an dieser Täuschung beteiligt. Doch wusste man trotz den Bemühungen der Obersten, die Statistiken zu manipulieren, dass sich die Wirtschaftslage zusehends verschlechterte. Die «Freie Presse Athen» hat mehrere Male ökonomische Analysen in diesem Sinn verbreitet. Heute entdeckt man, dass das Griechenland der Obersten Konkurs gemacht hat. In «Le Monde» vom 12. Dezember 1973 stellt Paul-Jean Franceschini das Ausmass der von der Politik der Regierung Papadopoulos verursachten wirtschaftlichen Niederlage fest.

So ist es der Junta während all der Jahre nicht gelungen, sich eine soziale Grundlage zu geben. Repression und Korruption sind die einzigen Machthebel geblieben. Aber auch die Sympathien der bürgerlichen Staaten und Parteien Europas haben die Obersten nicht

zu gewinnen vermocht: Es ist ihnen nicht verziehen, in Griechenland, der «Wiege der Demokratie», das parlamentarische Leben erstickt zu haben und einzig durch Schrecken zu regieren. 1969 zieht sich Griechenland aus dem Europarat zurück, um einem Abschluss zuvorzukommen. Der Prozess zur Integration in die EWG ist seit 1967 stillgelegt.

Die «Liberalisierung» – Alibiüberschen

Um diese Lücken auszufüllen – Fehlen einer sozialen Grundlage, Missgunst der kapitalistischen Länder Europas – aber auch um den immer grösser werdenden Spannungen innerhalb der Armee auszuweichen, versuchen die Obersten seit 1968, einzulernen und der Diktatur nach und nach einen weniger widerlichen Anstrich zu verleihen.

1968 lassen sie über eine Verfassung abstimmen, die im übrigen nie angewendet werden wird. 1969 gewähren sie wieder die Freiheit der Versammlung und Vereinigung, allerdings mit der strikten Kontrolle des Staates. Im April 1971 beginnen sie, die politischen Gefangenen aus den Lagern zu entlassen. 1972 findet die «Liberalisierung» der Presse und der Literaturzensur statt.

Im Juni 1973 organisiert Papadopoulos einen überdies gefälschten Volksentscheid, um einen Pseudoparlamentarismus zu beleben, der gänzlich unter der Aufsicht von Armee und Polizei steht, und erlässt gesetzlich die Amnestie der politischen Gefangenen von 1967.

Aber keiner der Versuche zur Pseudoliberalisierung vermochte das Regime zu festigen, sondern steigerte nur noch die sozialen Spannungen und betonte die Trennungen innerhalb der Armee, was der Opposition erlaubt, sich zu organisieren und zu äussern. Die erste Massenkundgebung findet im November 1968 anlässlich der Bestätigung von Georg Papandreu statt, wo Hunderttausende der kühnen Athener defilierten. Die Hauptpunkte zu einer Kristallisation der Opposition bilden während langer Zeit die politischen Prozesse, die Forderung, die politischen Gefangenen freizulassen und bei Berufsvereinigungen und den Studenten freien Wechsel einzurichten. Die Klasse der Arbeiter und Bauern rührt sich kaum.

Der Beginn des Aufstandes

Am 20. November 1972 beschliesst Papadopoulos, in den Studentenvereinigungen Wahlen durchzuführen. Dies führt in der Universität sofort eine heftige Unruhe hervor, die Strassendemonstrationen von Hunderten von Menschen auslöst. Die Junta antwortet mit Repression, was aber die Bewegung nicht zu zerschlagen vermag. Am 26. Januar 1973 marschieren erneut 300 Studenten durch die Strassen von Athen und skandieren: «Nieder mit der Diktatur!» Die Zusammenstösse zwischen Jugend und Polizei folgen sich während einiger Wochen, bis die Junta vorgibt, eine Art von Waffenstillstand zu akzeptieren. Zweitausend Studenten, dem Versprechen der Polizei Glauben schenkend, verlassen die Rechtsfakultät, das Bollwerk ihres Aufstandes. Eine «Ehrengarde» erwartet sie, gespickt mit Gummiknüppeln, die auf die jungen Leute niederprasseln. Sie leisten



Nationale (Re)Aktion

Einserat* (Fr. 12.-)
* Nichtzutreffendes streichen.

Kurzstudium, «éducation permanente», «open university»:

Alternativen zum Numerus clausus?

Die gegenwärtigen Auseinandersetzungen um den Numerus clausus konzentrieren sich vor allem auf zwei Fragenkomplexe: Welche Selektionskriterien sind bei der Einführung von Zulassungsbeschränkungen anzuwenden? Wie können zusätzliche finanzielle Mittel für die Erweiterung der Kapazitäten der Hochschulen mobilisiert werden? Häufig wird dabei übersehen, dass es sich bei der im Gefolge der Diskussionen um den Numerus clausus vollends öffentlich gewordenen Krise

Der Numerus clausus steht allenthalben vor der Tür. Im Bereich der Medizin ist er faktisch schon eingeführt. Andere Fachbereiche werden in den nächsten Jahren, wenn sich die Expansion der zur studienberechtigenden Maturität führenden Sekundärstufe voll auf die Zahl der Studienanwärter auswirkt, wohl oder übel nachziehen müssen, wenn sich die «Studienplatzqualität» in den heute noch nicht mit Zulassungsbeschränkungen abgeblockten Fachbereichen nicht noch weiter verschlechtern soll.

Für die federführenden Repräsentanten der Hochschulen und der Hochschulkantone geht es in dieser unangenehmen Situation (die Verhältnisse in der BRD als lebendiges Beispiel dessen, was noch kommen kann, vor Augen – in erster Linie darum, den prekären Zustand des Mangels möglichst konfliktfrei zu verwalten. Da man sich an eine grossangelegte Kapazitätserweiterung angesichts der zunehmenden Finanzknappheit in Bund und Kantonen nicht heranwagt, geht es vor allem darum, gegenüber der Öffentlichkeit legitimierte Selektionskriterien zu finden, mittels deren aus der von Jahr zu Jahr wachsenden Zahl von Studienanwärtern diejenigen ausgewählt werden sollen, die weiterhin ein Studium absolvieren können.

Für den Mittelschüler, der ein, zwei oder drei Jahre vor der Maturität steht, ist die Situation freilich recht unangenehm. Als Absolvent eines Schultyps, der praktisch keine direkt umsetzbaren beruflichen Qualifikationen vermittelt, sondern mehr oder weniger ausschliesslich auf ein Hochschulstudium vorbereitet, hat der Abiturient, falls er nicht zu einem Studium zugelassen wird, heute nur geringe Chancen, eine seine Ansprüche befriedigende und in einem relativ langen Bildungsweg erworbenen allgemeinen Fähigkeiten mit äquivalenten beruflich-praktischen Elementen verbindende Beschäftigung zu finden. Vor allem für Abiturienten, die nicht eine höhere Fachschule (Sozialarbeitschule, Technikum usw.) besuchen, sondern direkt in die Privatwirtschaft eintreten, bestehen nur geringe Möglichkeiten, sich einen formellen und transferierbaren Abschluss zu erwerben. Wie eine grossangelegte Studie in der BRD über Abiturienten ohne Studium (Nuber/Krings) zeigt, erfolgt die betriebsinterne Qualifizierung der Abiturienten streng unter den Auspizien des vom Effizienz- und Profikturkriterium dominierten Betriebsinteresses. Abiturienten ohne Studium erfahren somit weitgehend das gleiche Bildungs- und Weiterbildungsschicksal wie diejenigen, deren Ausbildung seit eh und je grösstenteils im privat kontrollierten Beschäftigungsbereich erfolgt.

Strukturelle Reformen sind notwendig

Damit wird einmal mehr deutlich, dass sich nicht nur die Hochschulbildung, sondern auch die sekundäre und die berufliche Bildung in einer Krise befinden. Die Krise der Hochschulen hat neben der im Zusammenhang mit Zulassungsbeschränkungen vor allem diskutierten finanziellen auch eine strukturelle Dimension.

Der in der Schweiz im letzten Jahrzehnt – in anderen hochentwickelten Staaten freilich schon früher – einset-

der Hochschulen nicht nur um eine finanzielle, sondern vor allem auch um eine strukturelle Krise handelt. Will man nicht Gefahr laufen, unter dem Deckmantel des wohlklingenden Postulats «Chancengleichheit» Mittelstands- und White-collar-Privilegienpolitik zu betreiben, so sind heute nicht nur vermehrte finanzielle Mittel für das (tertiäre) Bildungswesen, sondern vor allem auch tiefgreifende strukturelle Reformen im Hochschulwesen zu fordern.

Rolf Nef

der Hochschulstudien, sondern auch die Reform der Sekundärstufe aus.

Quantitative Expansion

Zielen die eben erwähnten Argumente in erster Linie auf eine qualitative, strukturelle Reform des tertiären und sekundären Bildungswesens im allgemeinen, der traditionellen Hochschulen im besonderen, so drängt sich auch eine quantitative Erweiterung des tertiären Bildungsangebots auf, da

● für die Ausübung von immer mehr Berufen und Beschäftigungen theoretische Schulung notwendig und/oder wünschenswert ist und

● allgemein die Fähigkeit zu kritischer, innovativem Verhalten gefördert werden muss.

Für diese beiden Komponenten sind (zumindest zum Teil) formalisierte Bildungsprozesse auf tertiärem Niveau notwendig.

In welcher Richtung die Hochschulstrukturen zu verändern sind und für welche Berufe eine tertiäre Qualifikation notwendig oder wünschenswert ist, kann in vielen Fällen nur politisch entschieden werden – was nicht heisst, dass derartige politische Entscheide «autonom» gefällt werden und werden können. Postuliert man, dass

● die «berufliche» und «allgemeine» Qualifizierung (ohne zwischen «berufsbezogen» und «allgemeiner» Bildung einen falschen Gegensatz zu konstruieren) immer breiter Bevölkerungskreise verbessert und ausgebaut werden soll,

● der Zugang zu den Institutionen, die diese Qualifizierung teilweise produzieren im allgemeinen, zur tertiären Bildung im besonderen allgemein erleichtert werden soll (Abbau der Diskriminierungen nach Vorbildung, Alter, Geschlecht, Beruf usw.),

so ist die Realisierung dieser Ziele im Rahmen der bestehenden (Bildungs-)Strukturen nicht möglich. Geht man primär vom Hochschulwesen aus, so lassen sich unter anderen folgende Reformpostulate formulieren:

Erweiterung und Reform des Bildungsangebots

Die direkte berufliche Qualifizierung muss in stärkerer Masse als bisher in die Hochschule(ausbildung)bezogen werden. Dies impliziert wieder einen Verlust an «Wissenschaftlichkeit» noch eine kritische Übernahme und Anpassung an die Normen gegebener beruflicher «Praxis», sondern meint die Kombination von abstrakter Schulung und Befähigung zur kritischen innovatorischen Praxis.

Die radikale Revision tradierter «akademischer» Berufsvorstellungen und die Veränderung vieler Curricula ist nicht zu umgehen, soll die Hochschule nicht noch mehr Gefahr laufen, sich von der Gesellschaft zu isolieren und sich ihres strukturell vorhandenen Innovationspotentials zu entschlagen. Die Revision der Curricula (resp. deren Neuschaffung) impliziert dabei nicht nur eine kritische Sichtung der zu vermeidenden Inhalte, sondern auch eine genaue Klärung der Lernziele, der Lehr- und Lernformen und die Erhöhung der Flexibilität bezüglich der Kombinierbarkeit von Studienelementen und der Abschlussmöglichkeiten (siehe dazu im einzelnen «Studium und Forschung», Konzept November 1973, S. 7/8).

Integration des tertiären Bildungswesens

Die «klassischen» Hochschulen und die ausseruniversitären tertiären Bildungsinstitutionen (höhere Lehranstalten und Fachschulen) sind zu integrieren, mit dem Ziel: Wissenschaftliche und berufliche Qualifizierung für alle, die einen tertiären (Aus-)Bildungsgrad absolvieren. Die Einheit des tertiären Bildungswesens ist somit nicht einfach durch die bloss formale Angliederung der heute vielfach als weniger prestigehaltig betrachteten ausseruniversitären tertiären Bildungsgänge an die Hochschulen (formaler) Zusammenzug zur Gesamthochschule, sondern nur über eine inhaltliche Verknüpfung der konzeptionellen und organisationalen Strukturen zu erreichen.

Reform der Sekundärstufe

Sekundäre und berufliche Bildung sind heute in bezug auf Bildungs-konzeption, Bildungsinhalte und Organisation vollständig voneinander getrennt. Kommt bei der (schulischen und be-

trieblichen) Ausbildung des Berufsschülers die «Allgemeinbildung», die theoretisch-abstrakte Schulung, zu kurz, so erwirbt der Mittelschüler (sieht man einmal von der Dipl.-Handels-Mittelschule ab) keine «berufsbildenden» Qualifikationen («berufsbildend» im Sinn der Befähigung zur Ausübung einer Beschäftigung, die mehr verlangt als bloss das Qualifikationsminimum). Dem Mittelschüler fehlt somit die «berufliche Kompetenz und damit ein wesentliches Merkmal von Mündigkeit und Gebildetheit» (Edding).

Dies ist für den gegenüber dem Berufsschüler privilegierten Mittelschüler so lange unproblematisch, als der Zugang zu einem «berufsaufqualifizierendem» Studium sichergestellt ist. Jetzt, wo dies tendenziell immer weniger der Fall ist, wird die Situation für den Mittelschüler kritisch. Auch wenn zu erwarten ist, dass die Privilegierten alles daransetzen werden, durch die Erweiterung der Kapazitäten der Hochschulen in irgendwelcher Form dieser misslichen Situation entgegenzutreten, so drängt sich gerade im Interesse der heute diskriminierten Absolventen der Berufsschulen eine grundsätzliche und zukunftsweisende Neukonzeption des sekundären Bildungsbereichs auf:

Ziel ist die Schaffung einer einheitlichen Sekundärstufe – was Differenzierungen auf gemeinsamer Grundlage nicht ausschliesst. Der «Berufsschüler» muss besser «allgemein» und theoretisch-abstrakt qualifiziert und befähigt werden, sich später zusätzliche (tertiäre) Qualifikationen zu erwerben. Der «Mittelschüler» muss dahingehend «beruflich» qualifiziert werden, damit er nach Abschluss der Sekundärstufe im Prinzip eine berufliche Tätigkeit aufnehmen kann. Der erfolgreiche Abschluss dieser einheitlichen Sekundärstufe berechtigt zur Aufnahme von Studien an einer tertiären Bildungsinstitution.

Der Zugang zum tertiären Bildungswesen ist sowohl für eine tertiäre Erstqualifikation als auch für die Weiterbildung auf tertiärer Ebene ökonomisch (Schaffung eines für alle zugänglichen Anspruchs auf Bildungsurlaub usw.) sicherzustellen. In diesem Zusammenhang sind Studienformen zu erarbeiten, die eine bessere Auslastung der vorhandenen Kapazitäten ermöglichen und auch für Personen zugänglich sind, die nicht vollzeitlich am Standort der Bildungsinstitution präsent sein können oder wollen.

Kurzstudien als Ausweg?

Im folgenden werden verschiedene Modellvorstellungen zur strukturellen Überwindung der durch die Auseinandersetzungen um Zulassungsbeschränkungen endgültig öffentlich gewordenen Krise des Hochschulwesens diskutiert.

Unter Kurzstudien verstehen wir im folgenden Studiengänge, die in drei bis sechs Semestern zu einem (berufsaufqualifizierenden) Abschluss führen. Als Kurzstudien sind somit die Ausbildungsgänge an den ausseruniversitären tertiären Bildungsinstitutionen (höhere technische, wirtschaftliche und sozialwissenschaftliche Fachschulen, Primarlehre-Oberseminare usw.) und die Studiengänge für Sekundarlehre an den schweizerischen Universitäten zu betrachten. Häufig wird nun verlangt, dass in nächster Zukunft innerhalb der traditionellen Hochschulen – vorerst unabhängig von der allfällig zu vollziehenden Integration der ausseruniversitären Kurzstudiengänge in die Hochschulen – ein breites Angebot an Kurzstudiengängen entwickelt werden muss. Tendenziell sollen dabei Kurzstudien zur Norm, die heutigen Langstudien hingegen zur Ausnahme werden:

● Die Platznot an den überfüllten Universitäten führe zu einer Verminderung der Ausbildungsqualität. Es sei deshalb notwendig, einem relativ grossen Teil der Studienanwärter kurze Studiengänge nahezu legen, damit für die lange Ausbildung einer relativ geringen Zahl von Studierenden und für die Forschung weiterhin genügend Ressourcen zur Verfügung stünden.

● Die Aufnahmekapazität des Arbeitsmarktes für Akademiker mit «klassischem» Langstudium sei beschränkt. Es bestehe jedoch ein steigender Bedarf an theoretisch und praktisch auf tertiärer Ebene qualifizierten Personen (annäherungsweise zu umschreiben mit dem diffusen Begriff «mittleres Kadern»). Wenn sich die Universität dieser veränderten Situation nicht anpasse, so entstehe mit grosser Wahrscheinlichkeit ein «Akademikerüberschuss».

Administrative Rationalisierung

Wie allerdings derartige Kurzstudiengänge inhaltlich zu konzipieren und auf welche Berufsfield diese auszurichten wären, darüber herrscht meistens Unklarheit. Völlig ungeklärt ist vor allem das Verhältnis zwischen den allfällig einzuführenden Kurzstudien und den Langstudien (da ja heute die Norm sind). Soll z. B. eine gemeinsame Grundstufe geschaffen werden, die mit einem berufsaufqualifizierenden Diplom abschliesse, wird und nach der entweder der Weg in die Praxis oder in einen zweiten aufbauenden Studienblock offensteht? Oder sollen Kurz-

Verlag der Fachvereine an der ETH-Z
Universitätsstrasse 19
8006 Zurich 01/47 99 83

NEU IM VERLAG

ETH ZÜRICH
PHILOSOPHISCHE UND
STAATSWISSENSCHAFT-
LICHE UNIVERSITÄT
12.1

SCIENTIFIC AND TECHNICAL
ENGLISH
DR. JAROSLAV VACLAVIK

Publikations-Nr. 12.1
512 Seiten / Format A 4 / Gebunden
Studentenpreis: 23.—
Erschienen in PUBLIA, SAB und
im Buchhandel (34.50)

und Langstudien von allem Anfang an getrennt organisiert und die Selektion (nach welchen Kriterien?) am Anfang getroffen werden? Besteht für den Absolventen eines Kurzstudiums die Möglichkeit, nach einer Praxisphase sein Studium weiterzuführen?

Konkrete Formen hat bis jetzt erst ein Projekt angenommen: Die «Kommission für eine Reform des Pharmaziestudiums» schlug vor den Pharmaziestudenten nach dem abgeschlossenen 3. Studienjahr mit Diplomabschluss einen ersten Abgang in die Praxis zu eröffnen. Der eidgenössisch diplomierte «Pharmazieassistent» hätte die Hälfte des Pharmaziestudiums absolviert und könnte somit «seinen Beruf unter der Verantwortung eines diplomierten Apothekers ausüben». Das Pharmaziestudium sollte also nach diesem Vorschlag einfach in der Mitte administrativ geteilt und ein mittlerer Abgang geschaffen werden, ohne dass ein spezielles Berufsbild für den «Pharmazieassistenten» bestehen würde. Hinter diesem Vorschlag stehen denn wohl auch eher ständes- und arbeitsmarktpolitische Motive (Schaffung von Personal für «beim heutigen Arbeitsmarkt schwer zu besetzende berufliche Möglichkeiten») als das Interesse an der Realisierung sinnvoller differenzierter Abschlussmöglichkeiten.

Kurzstudien und Strukturreform

Unzweifelhaft besteht also die Gefahr, dass durch die überstürzte und primär administrativ motivierte Einführung von Kurzstudien nicht nur ein neues hierarchisierendes und antidemokratisches Element eingeführt wird, sondern auch Studiengänge geschaffen werden, die sich weniger durch eine sinnvolle Verknüpfung von Wissenschafts- und Praxisbezogenheit als durch die direkte Ausrichtung auf bestimmte partikuläre Verwertungsbedürfnisse auszeichnen.

Im Rahmen des Ausbaus des tertiären Bildungswesens werden die Hochschulen ihr Bildungs- und Berufsangebot zu erweitern haben. Dabei sind aber nicht nur differenzierte Abschlussmöglichkeiten und u. U. auch neue relativ kurze Studiengänge zu schaffen, sondern auch die Langstudien in ihrer Struktur zu überprüfen. Die Schaffung von Kurzstudiengängen darf also nicht überstürzt erfolgen und ist als integrales Element der Reform des ganzen tertiären Bildungswesens zu begreifen. Dies gilt nicht nur für die Schaffung von Kurzstudiengängen innerhalb der traditionellen Hochschulen, sondern vor allem auch für die Assimilierung und Integration der heute ausserhalb der Hochschulen vorhandenen tertiären Studiengänge in das Hochschulwesen.

Literaturhinweise

Nuber Ch./Krings I., «Abiturienten ohne Studium», FMJ 1973
Edding F./Hamm-Brücher H., «Reform der Reform», Köln 1973
Heindmeyer P./Heine U./Möbes H./Riese H., «Eine quantitative Analyse des Bedarfs an Hochschulabsolventen bis 1991», Pullach b. München 1973
Edg., Kommission für eine Reform des Pharmaziestudiums, «Bericht an das Eidg. Departement des Innern», 1972
OECD, «L'enseignement supérieur court – recherche d'une identité», Paris 1973
OECD, «Vers de nouvelles structures de l'enseignement post-secondaire», Paris 1971
«Konzept» November 1973 S. 7/8, «Studium und Forschung»
Deutscher Bildungsrat, «Zur Planung berufsaufqualifizierender Bildungsgänge im tertiären Bereich», Bonn 1973

In der nächsten Nummer

● «éducation recurrente»: Ausbildung und Praxis in periodischem Wechsel
● Studien im Medienverbund und «open university»

Zürichs grösste Auswahl

Levi's

Toll! Tschins i jeder Form poschtet me bim Willy Korn

Jeans-Shop beim Poly
Sonneggstrasse 21 8006 Zürich

Gratisanpassung
Legi 5% Rabatt
Auswahlen in die ganze Schweiz

Wissenschaftliches Taschenbuch Verlag Hans Huber

**Psychoanalyse
Psychotherapie
Verhaltenstherapie
Kommunikation**

**Didaktik
Entwicklungs-
psychologie
Studentenprobleme
Empirische
Sozialforschung**

**Psychologie
Geschichte
Medizinische Anthro-
pologie**

**Die Taschenbuchreihe
aus dem
Verlag Hans Huber
Bern Stuttgart Wien**

Psychoanalyse / Psychotherapie / Verhaltenstherapie / Kommunikation

Raymond Battagay
Prof. Dr. med., Basel

Der Mensch in der Gruppe
1974. Etwa 260 Seiten, flexibler Einband etwa
Fr. 14.-/etwa DM 12.- (ISBN 3-456-30604-0)

Dieses wissenschaftliche Taschenbuch ist eine bearbeitete Kurzfassung der Trilogie «Der Mensch in der Gruppe» und ersetzt diese nicht. In einem ersten Teil werden die sozialpsychologischen und dynamischen Aspekte der Gruppe beleuchtet. Es ergeben sich daraus Einblicke in die Zusammenhänge und Voraussetzungen menschlichen Zusammenlebens, wie sie sich in der Gesellschaft ganz allgemein zeigen. Der zweite Teil bietet einen Überblick über die allgemeinen Grundlagen und Gesetzmässigkeiten, die Indikationen und Kontraindikationen der in Psychiatrie und Psychologie mehr und mehr ins Zentrum rückenden Gruppenpsychotherapie und anderer, nicht im strengen Sinne therapeutischer Gruppenmethoden.

Dieter Beck
PD Dr. med., Basel

Die Kurzpsychotherapie
1974. 120 Seiten, flexibler Einband Fr. 9.80 /
DM 8.80 (ISBN 3-456-30606-7)

Das Buch ist eine Einführung und Anleitung für Psychotherapeuten und Psychiater, die in ihrer Praxis Patienten mit Kurzpsychotherapie behandeln möchten. In übersichtlicher Weise sind die Indikationen zu dieser Behandlungsform und die Aspekte der Behandlungstechnik dargestellt. Die speziellen Fragen, welche sich bei der Behandlung von neurotischen Depressionen, Angstzuständen und psychosomatischen Krankheiten ergeben, werden diskutiert. Die theoretische Fundierung der Kurztherapie wird vermittelt, und es wird auf die Gefahren dieser Behandlungsform hingewiesen. Das Buch schliesst mit einer Falldarstellung, einigen Testfragen und einem Fragebogen zur Katamnese.

Lilian Blöschl
Prof. Dr. phil., Graz

**Grundlagen und Methoden
der Verhaltenstherapie**
4., durchgesehene Auflage, 1974. Etwa 231 Seiten,
flexibler Einband etwa Fr. 12.-/etwa DM 10.80
(ISBN 3-456-30607-5)

Obwohl seit dem Erscheinen der dritten Auflage bereits wieder eine grosse Anzahl von englisch- und deutschsprachigen Arbeiten aus dem Bereich der Verhaltenstherapie publiziert worden ist, hat sich das Gesamtbild der verhaltenstherapeutischen Forschung inzwischen nicht wesentlich verändert.

Ewald Bohm
Dr. phil., Wädenswil

Der Rorschach-Test
1974. Etwa 120 Seiten, flexibler Einband etwa
Fr. 15.-/etwa DM 13.- (ISBN 3-456-30608-3)

Das Buch enthält das Nötigste über die Technik, nicht aber Abschnitte über die Beurteilung. Die wichtigsten Prinzipien über die Auswertung werden zwar erwähnt, nicht jedoch konkrete Hinweise über die Bedeutung der einzelnen Faktoren. Zugrundegelegt wurde wieder der klassische originale Rorschach, und es wird ausgeführt, warum der Rorschach-Test in dieser Form sich nicht mechanisieren lässt, so dass die Auswertung eine Kunst

bleibt. Die zeitgenössischen Bestrebungen, ihn zur Wissenschaft zu machen, werden abgelehnt. Da die einzelnen Faktoren (Rorschachs «Formalpsychogramm» und die besonderen Phänomene) mehrdeutig sind, ist die Kombination aller dieser Elemente schwierig und erfordert eine grosse Erfahrung.

Anna Freud

Psychoanalyse für Pädagogen

Eine Einführung
5., unveränderte Auflage des Buches «Einführung in die Psychoanalyse für Pädagogen». Mit einem Geleitwort der Autorin zur 5. Auflage. 1971, 105 Seiten, flexibler Einband Fr. 8.80 / DM 7.80 (ISBN 3-456-30428-5)

Die vorliegende Sammlung von Vorträgen und Aufsätzen verdankt ihre Entstehung der Absicht, die wichtigsten psychoanalytischen Grundansichten über das kindliche Seelenleben in gemeinverständlicher Form darzustellen und Lehrer und Erzieher in die Denkweise der Psychoanalyse einzuführen. Ein von hier ausgehendes Studium soll dann die praktische Anwendung dieser Erkenntnisse auf die Probleme der Kindererziehung ermöglichen und in weiterer Folge eine Pädagogik aufbauen helfen, die zur Ganze auf der Einsicht in das Wesen des Kindes, in seine Bedürfnisse, seine triebhaften Gegebenheiten und seine Konflikte mit der Aussenwelt und in der Innenwelt beruht.

**Paul Watzlawick / J. H. Beavin /
D. D. Jackson**
Mental Research Institute, Palo Alto, Calif., USA

Menschliche Kommunikation
Formen, Störungen, Paradoxien
Aus dem Amerikanischen übersetzt von
P. Watzlawick. 4., unveränderte Auflage, 1974, 271 Seiten, flexibler Einband Fr. 19.- / DM 17.- (ISBN 3-456-30610-5)

Die vierte Auflage dieses wichtigen Buches erscheint als *wissenschaftliches Taschenbuch*. Das Buch ist eine Studie über die verhaltensmässigen Ausdrucksformen menschlicher Kommunikation unter besonderer Berücksichtigung von Verhaltensstörungen.

**Paul Watzlawick /
John H. Weakland /
Richard Fisch**
Mental Research Institute, Palo Alto, Calif., USA

Lösungen
Zur Theorie und Praxis menschlichen Wandels.
Mit einem Vorwort von Dr. med. Milton
H. Erickson. 1974. 198 Seiten, flexibler Einband
Fr. 16.- / DM 14.- (ISBN 3-456-30610-5)

In Weiterentwicklung des 1969 veröffentlichten Werkes «Menschliche Kommunikation» legen Watzlawick und seine Kollegen hier die Resultate ihrer Forschung und Praxis der letzten Jahre vor. «Lösungen» befasst sich mit dem uralten Widerspruch zwischen Bestand und Wandel in menschlichen Gegebenheiten, mit der Frage, wie Lebensprobleme entstehen und wie einige überraschend gelöst werden können, während andere sich im Lauf der versuchten Lösung bis zur Unlösbarkeit komplizieren. Das Buch prüft, wie es paradoxerweise dazu kommen kann, dass gesunder Menschenverstand und Logik scheitern, während «vernunftswidrige» und «unlogische» Massnahmen manchmal zu verblüffenden Lösungen führen.



Lesen in die Bude bringen.

☐ Ganz recht, ab und zu braucht es einfach etwas Lesen in der Bude. Schicken Sie mir bitte den Tages-Anzeiger samt Magazin drei Wochen lang gratis.

☐ Ich möchte ein Abonnement für den Tages-Anzeiger und sein Magazin. (Die ersten drei Wochen sind gratis.)

Die Abonnementspreise sind:

☐ Fr. 5.- statt Fr. 7.10 für 1 Monat ☐ Fr. 28.30 statt Fr. 40.45 für 6 Monate
☐ Fr. 14.30 statt Fr. 20.45 für 3 Monate ☐ Fr. 56.- statt Fr. 80.- für 12 Monate

Name: _____

Fakultät: _____

Semester: _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Coupon bitte einsenden an:

Tages-Anzeiger, Vertriebsabteilung, Postfach, 8021 Zürich

7208

Tages-Anzeiger
Freut Euch des Lesens.